

# 15 Jahre INTERREG/ETZ in Österreich - Rückschau und Ausblick: Humanressourcen, Arbeitsmärkte und Migration

---

Nadja Bergmann und Barbara Willsberger

## IMPRESSUM

VerfasserInnen: Dieser Bericht wurde von L&R Sozialforschung im Auftrag der ÖROK erstellt.

MedieninhaberIn:

L&R Sozialforschung, Liniengasse 2A, 1060 Wien

Alle Rechte vorbehalten, Nachdruck – auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet

Wien, Februar 2011

# Inhalt

<b>Vorbemerkung</b>	<b>2</b>
<b>1 Rückblick: Die relevanten Entwicklungen in der Vergangenheit (1995 – 2010)</b>	<b>3</b>
1.1 Bevölkerung und Bildungsstand	3
1.2 Erwerbssituation	6
1.3 Arbeitslosigkeit	9
1.4 Entwicklung der grenzübergreifenden Migration von Arbeitskräften	10
<b>2 Vorschau: Maßgebliche Trends und zukünftige Herausforderungen</b>	<b>12</b>
2.1 Österreichs Weg zur schrittweisen Öffnung der Arbeitsmärkte	12
2.2 Studien zum Wegfall der Arbeitsmarktbeschränkungen 2011	14
2.3 Derzeitiger Fokus der Vorbereitung: Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping	17
<b>3 Hypothesen und Vorschläge über Potentiale/Ansatzpunkte für ETZ-Programme</b>	<b>19</b>
3.1 Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen und Hypothesen	20
3.2 Vorschläge	21
<b>Zusammenfassung</b>	<b>24</b>
<b>Literatur</b>	<b>26</b>
<b>ANHANG</b>	<b>29</b>

## Vorbemerkung

Folgende Fragestellungen stehen für die vorliegende thematische Analyse zum Bereich „Humanressourcen, Arbeitsmärkte und Migration“ im Vordergrund:

- Wie relevant sind die Ergebnisse und Wirkungen von INTERREG/ETZ-Programmen im Kontext der grenzübergreifenden Raum- und Regionalentwicklung?
- Welche Lehren können für die Zukunft gezogen werden? Welche Konsequenzen ergeben sich hinsichtlich einer verbesserten Zusammenarbeit in Österreich?

Zu berücksichtigen ist, dass aufgrund der inhaltlichen und budgetären Vorgaben im Rahmen des vorliegenden Papers die einzelnen thematischen Schwerpunkte (Bevölkerungsentwicklung, Bildung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Migration) jeweils nur anhand ausgewählter Kennziffern beschrieben werden können. Vertiefende Analysen würden den vorgegebenen Umfang des Berichtes sprengen.

Methodisch wurde zur Beantwortung der oben genannten Fragestellungen auf eine Literatur- und Datenanalyse zurückgegriffen. Hinsichtlich der Datenanalyse ist anzumerken, dass Daten, die auf nationalen Definitionen beruhen, aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit keine Vergleiche zulassen. Aus diesem Grund wurde für die vorliegende Analyse auf EUROSTAT-Daten zurückgegriffen. Die Daten der EUROSTAT sind auf nationaler Ebene aktuell verfügbar, allerdings stehen Daten auf regionaler Ebene, wie sie für die vorliegende Analyse benötigt werden, erst mit mehr als einem Jahr Verspätung zur Verfügung. Dies bedeutet für die nachfolgenden Analysen, dass die aktuell verfügbaren Daten aus dem Jahr 2008 stammen und in den meisten Fällen Entwicklungen aus den Jahren 2009 und 2010 nur anhand bestehender Literaturergebnisse analysiert werden konnten.

In die Recherche und Analyse wurden Österreich und seine Nachbarländer (Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Italien, Schweiz und Deutschland) einbezogen. In der Aufbereitung der Daten lag ein Schwerpunkt in der Entwicklung der grenznahen Regionen. Da Daten auf Ebene von NUTS 3 aufgrund der Datengrundlage (Mikrozensusdaten) zumeist unzuverlässig und in vielen Fällen nur in lückenhafter Qualität vorhanden sind, wurden für den Vergleich der Grenzregionen die EUROSTAT-Daten auf Basis der NUTS 2 Regionen herangezogen.

# **1 Rückblick: Die relevanten Entwicklungen in der Vergangenheit (1995 – 2010)**

## **1.1 Bevölkerung und Bildungsstand**

Im Folgenden werden die wichtigsten Entwicklungen zur Gesamtbevölkerung sowie zum Bildungsstand in den untersuchten Regionen festgehalten. Vorweg ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass sich die Regionen in vielen Punkten unterscheiden. Interessant ist jedoch, dass oftmals die Unterschiede zwischen den Regionen innerhalb eines Landes größer sind als zwischen den einzelnen Nationen. So hat beispielsweise Italien mit der Region Veneto im Jahr 2009 mit 4.885.548 EinwohnerInnen die höchste Bevölkerungszahl in den untersuchten Gebieten zu verzeichnen, allerdings Bozen mit 498.857 zugleich die niedrigste. Die genauen Zahlen zur Gesamtbevölkerung auf nationaler Ebene sowie in den untersuchten Teilregionen sind der Tabelle 1 im Anhang zu entnehmen. In der Tabelle 2 sind die jeweiligen Frauen- und Männeranteile der Gesamtbevölkerung 2009 zu finden. Die Analyse zeigt, dass die Anteile generell sehr ausgeglichen sind, am niedrigsten sind die Männeranteile in der slowakischen Region Bratislavský kraj mit 47,5% und am höchsten in der Ostschweiz mit 49,7%.

Interessant ist die Analyse der Veränderungen der Gesamtbevölkerung von 1998 bis 2009 (siehe Tabelle 1). So sind etwa in den italienischen Regionen Bozen (+10%), Veneto (+9,9%) und Friuli-Venezia Giulia (+4,6%) vergleichsweise hohe Zuwächse der Gesamtbevölkerung zu verzeichnen. Ähnlich hoch sind diese nur noch in Oberbayern (+8,6%), Österreich (+6,9%) oder der Ostschweiz (+4,8%). Demgegenüber fallen die Zuwachsraten in den Regionen der neuen Mitgliedstaaten vergleichsweise niedrig aus: In den tschechischen Gebieten Jihozápad mit +2,2% und Jihovýchod mit +0,1% sowie in Slowenien mit +2,4%. In den slowakischen Teilregionen (Bratislavský kraj -0,3% und Západné Slovensko -0,6%) sowie in der Westungarischen Region (-1,0%) sind sogar sinkende Bevölkerungszahlen zu beobachten.

Aber nicht nur die Entwicklung der Gesamtbevölkerung, sondern auch die Altersstruktur innerhalb der Bevölkerung ist ein relevanter Faktor, beispielsweise hinsichtlich der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit (siehe Abbildung 1). Am vergleichsweise ältesten ist die Bevölkerung in der italienischen Region Friuli-Venezia Giulia, wo der Anteil der über 65-Jährigen bei 23,2% und der Anteil der unter 15-Jährigen lediglich bei 12,4% liegt. Generell zeigt sich, dass die Anteile der älteren EinwohnerInnen, d.h. Personen ab 65 Jahren, in den untersuchten deutschen und italienischen Regionen am höchsten sind (Anteile zwischen 19,7% und 23,2%). In diesen Gebieten sind die Anteile der älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum von 1998 bis 2009 um bis zu 3,8 Prozentpunkte gestiegen und somit auch am stärksten von allen untersuchten Teilregionen (siehe Tabelle 3). Demgegenüber sind etwa in den slowakischen und tschechischen Regionen vergleichsweise geringe Zunahmen von rund einem bis maximal 1,5 Prozentpunkten zu beobachten. Auch die Anteile der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung liegen hier deutlich niedriger, und zwar bei rund 13% in den slowakischen Regionen und bei rund 15% in den tschechischen Regio-

nen. Ebenso haben die ungarischen und slowenischen Gebiete mit rund 16% noch immer vergleichsweise niedrigere Anteile an über 65-jährigen Personen an der Gesamtbevölkerung. Dennoch ist in allen untersuchten Regionen eine Zunahme der Anteile von Personen über 65 Jahren zu beobachten, und dieser Trend wird sich in Zukunft fortsetzen.

So zeigt sich etwa auch bei der Analyse der Bevölkerungsanteile im Haupterwerbsalter, d.h. zwischen 15 und 64 Jahren, dass in den deutschen und italienischen Regionen bereits Abnahmen zu beobachten sind, am stärksten in der Region Friuli-Venezia Giulia mit -3,7 Prozentpunkten. In den weiteren untersuchten Regionen ist nur in Slowenien noch ein leichter Rückgang von -0,2 Prozentpunkten festzuhalten. In den österreichischen Regionen sind leichte Zuwächse von 0,3 bis 0,5 Prozentpunkten zu beobachten, und in den analysierten Regionen der neuen Mitgliedstaaten liegen die Zuwächse zwischen 0,4 und 4,9 Prozentpunkten. Vor allem in den slowakischen Teilregionen sind hier vergleichsweise starke Zuwächse (4,3 Prozentpunkte bzw. 4,9 Prozentpunkte) zu beobachten. Generell liegen die Bevölkerungsanteile der 15- bis 64-Jährigen im Jahr 2009 zwischen 64,4% in Friuli-Venezia Giulia und 74,5% in Bratislavský kraj. Allgemein sind die Anteile in Italien und Deutschland niedriger als etwa in der Slowakei oder Tschechien (siehe Abbildung 1).

Während also zur Zeit in unseren östlichen Nachbarländern noch auf ein vergleichsweise höheres Potential an erwerbsfähigen Personen zurückgegriffen werden kann, wird sich dies in Zukunft doch deutlich ändern. Denn gerade in den untersuchten Regionen der Slowakei und von Tschechien sind im Beobachtungszeitraum die Anteile der unter 15-Jährigen am stärksten zurückgegangen, etwa in Západoé Slovensko um 6 Prozentpunkte. Mit Ausnahme der italienischen Teilregionen ist in allen analysierten Gebieten ein Rückgang der Anteile der unter 15-Jährigen im Zeitraum von 1998 bis 2009 zu beobachten. Die Anteile an der Gesamtbevölkerung liegen im Jahr 2009 zwischen 12,4% in der Region Friuli-Venezia Giulia und 16,1% in Westösterreich, und die durchgeführten Analysen, aber auch die vorhandene Literatur und Bevölkerungsprognosen verdeutlichen, dass diese Anteile in Zukunft weiter sinken werden ebenso wie die Bevölkerungsanteile im Haupterwerbsalter, während die Anteile der Personen über 65 Jahren zunehmen werden.

Die Zahl der Personen im Haupterwerbsalter wird in den untersuchten Regionen also in Zukunft sinken. Umso wichtiger wird die entsprechende Bildung sein, und hierzu zeigen die Analysen sehr positive Trends (siehe Tabelle 4). Hinsichtlich der Bildungsbeteiligung der 15- bis 24-Jährigen ist etwa im Zeitraum von 1998 bis 2008 in allen untersuchten Ländern eine kontinuierliche Zunahme zu beobachten. Ein besonders starker Anstieg ist in den neuen Mitgliedstaaten zu verzeichnen, etwa in Tschechien, wo die Bildungsbeteiligung der 15- bis 24-Jährigen im Jahr 1998 bei 44,7% lag und im Jahr 2008 bereits bei 61,6%. Noch höher gestiegen ist die Rate in Ungarn und zwar von 46,4% 1998 auf 64,5% im Jahr 2008. Am höchsten ist die Beteiligung in Slowenien, wo 2008 71% der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren an schulischen oder universitären Ausbildungen teilnahmen, hier ist eine Zunahme um 17,4 Prozentpunkte im Beobachtungszeitraum festzuhalten. Demgegenüber lag die Bildungsbeteiligung 2008 in Österreich nur bei 54,5%. Bei der Interpretation dieser Daten sind jedoch die unterschiedlichen Bildungssysteme zu berücksichtigen: So beträgt etwa die Schulpflicht in den meisten Staaten 9 Jahre, allerdings beispielsweise in der Slowakei 10 Jahre. Auch die Möglichkeit der dualen Ausbildung in Form einer Lehre besteht nur vereinzelt, vor allem in den neuen Mitgliedstaaten ist dies zumeist

nicht gegeben. (Weitere Infos beispielsweise auf folgender Website <http://ec.europa.eu/eures/>)

Dies gilt auch für die Interpretation der Daten zu den höchsten Bildungsabschlüssen (siehe Tabelle 5). Ein Vergleich der Anteile an PflichtschulabsolventInnen in den Jahren 1999 bis 2008 zeigt, dass diese Anteile in allen Regionen zurückgehen, am stärksten in den Regionen Niederbayern mit -6,6 Prozentpunkten, gefolgt von Slowenien mit -6,3 Prozentpunkten und Západne Slovensko mit -6,2 Prozentpunkten. Generell verdeutlicht die Analyse, dass die Anteile an PflichtschulabsolventInnen in den tschechischen Regionen (5,2% und 6,7%) sowie den slowakischen (5,0% und 5,6%) vergleichsweise niedrig sind. In den meisten Regionen liegt dieser Anteil zwischen 13% und 18%. Am höchsten sind die Anteile in den untersuchten italienischen Regionen, wo sie zwischen 34% und 43% liegen. Im italienischen Bildungssystem ist der erste Bildungsabschnitt obligatorisch und dauert acht Jahre: fünf Jahre Grundschule und drei Jahre Sekundarstufe I. Am Ende des ersten Bildungsabschnitts muss die Ausbildungspflicht erfüllt werden und zwar entweder durch Weiterbesuch des schulischen Bildungssystems, durch Besuch eines Berufsausbildungskurses oder durch einen Lehrvertrag. Dies erklärt wohl auch den hohen Anteil an PflichtschulabsolventInnen.

In allen Ländern sind – wenig überraschend – die Anteile der AbsolventInnen von mittleren und höheren Schulen (mit Maturaabschluss) am höchsten. Besonders hoch sind die Anteile in den slowakischen (81,4% und 65,2%) sowie den tschechischen Regionen (79,8% und 78,3%), am niedrigsten in den italienischen Regionen (46,2% bis 50,8%). In den weiteren Gebieten liegen die Anteile zwischen rund 59% und 70%. Hinsichtlich der Entwicklung bei der Sekundarstufe II ist festzuhalten, dass die Anteile in den tschechischen und slowakischen Regionen abgenommen haben, während diese etwa in den ungarischen und österreichischen Gebieten stagnieren. Demgegenüber sind beispielsweise in Schwaben mit rund 6,3 Prozentpunkten an Zunahmen und in den anderen deutschen Teilregionen hohe Zuwachsraten festzuhalten.

Hinsichtlich der tertiären Ausbildung ist in allen Regionen eine Zunahme zu beobachten, am niedrigsten in Schwaben mit 1,5 Prozentpunkten und am höchsten in Slowenien mit 7,4 Prozentpunkten. Am höchsten sind die Anteile an Erwerbspersonen mit tertiären Abschlüssen in Oberbayern (31,6%), Bratislavský kraj (29,8%) und Slowenien mit 23,6%. Vergleichsweise niedrig sind die Anteile in den italienischen Regionen (11% bis 15,1%). Insgesamt verdeutlicht die Analyse jedoch, dass das Bildungsniveau in allen Regionen steigt, und dies ist positiv zu werten. Literatur- und Interviewergebnisse aus den einzelnen Ländern belegen aber auch, dass die Abstimmung zwischen den Anforderungen am Arbeitsmarkt und den Angeboten des Bildungssystems nicht immer optimal verlaufen und daher in manchen Ländern, z.B. Ungarn auch viele hochqualifizierte Personen keinen Arbeitsplatz finden.

## 1.2 Erwerbssituation

Vorweg ist zur Analyse der Erwerbssituation festzuhalten, dass die untersuchten Regionen von großen Unterschieden geprägt sind. Alleine die Betrachtung der Zahl der erwerbstätigen Personen im Alter von 15 Jahren und älter verdeutlicht dies: Die höchste Zahl ist in Oberbayern mit 2.247.200 Erwerbstätigen zu finden und die niedrigste mit 233.900 Erwerbstätigen in Bozen. Auch hinsichtlich der Frauenbeschäftigung bestehen relativ große Unterschiede in den einzelnen Regionen: Am niedrigsten ist der Frauenanteil an erwerbstätigen Personen in der Region Veneto (Italien) mit 42% und am höchsten in der Region Bratislavský kraj (Slowakei) mit 49%. Ein Überblick über die Zahl der erwerbstätigen Personen aus dem Jahr 2008<sup>1</sup> ist in der Tabelle 6 im Anhang zu finden.

Aber nicht nur die Größe, sondern auch unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen, die Qualifikation der Arbeitskräfte etc. prägen die Arbeitsmärkte. Welche großen Unterschiede zwischen den untersuchten Regionen bestehen, wird beispielsweise durch die Beschäftigungsquote verdeutlicht, die etwa in Oberbayern bei 75,8% liegt und in Westtransdanubien bei 62,1%, dies bedeutet einen Unterschied von 13,7 Prozentpunkten.

Das seitens der EU in der Lissabon-Strategie festgelegte Ziel hinsichtlich der Beschäftigungsquote liegt bei 70% für das Jahr 2010. Im Jahr 2008 konnte EU-weit eine Beschäftigungsquote von 65,9% erzielt werden, und die derzeitigen Entwicklungen belegen, dass das Ziel bis 2010 nicht erreicht wird.

Die Analyse nach Regionen zeigt, dass das Ziel von 70% in folgenden Regionen erreicht werden konnte: Oberbayern (75,8%), Niederbayern (75,3%), Schwaben (75%), Bozen (70,5%), in allen österreichischen Regionen (70,7% bis 74,4%) sowie in Bratislavský kraj (72,1%) und der Ostschweiz (80,2%). In den weiteren Regionen liegen die Beschäftigungsquoten teilweise deutlich unter der Zielvorgabe von 70%, etwa in der tschechischen Region Jihovýchod (65,9%), in den italienischen Regionen Friuli-Venezia Giulia (65,3%) und Veneto (66,4%) sowie in der slowakischen Grenzregion Západné Slovensko mit 65,5%. Am niedrigsten ist die Beschäftigungsquote in der ungarischen Region Nyugat-Dunántúl mit 62,1% (siehe Abbildung 2).

Gerade in Westungarn – aber auch in vielen anderen Regionen der neuen Mitgliedstaaten – erfolgte nach der Wende eine Fokussierung auf den Produktionsbereich mit einer hohen Exportabhängigkeit. Nach der Wende zählte Ungarn zu den wirtschaftlichen Gewinnern, indem eine gute Struktur für ausländische InvestorInnen und hoch entwickelte Technologien aufgebaut wurde. Die damit verbundene hohe Exportabhängigkeit bzw. die Bestellrückgänge im Zuge der Krise bewirkten aber, dass die an sich stabile und entwickelte Region Nyugat-Dunántúl nun mit großen Spannungen und Problemen zu kämpfen hat. Zudem ist die niedrige Beschäftigungsquote durch die hohe Zahl an inaktiven Personen in der Bevölkerung sowie Schwarzarbeit zu erklären.

Hinsichtlich der Beschäftigungsquoten in den untersuchten Regionen ist positiv hervorzuheben, dass diese in den untersuchten Teilregionen beinahe in allen Fällen über dem nationalen Schnitt liegen. Demnach haben die Grenzräume zu Österreich

---

<sup>1</sup> Aus dem Jahr 2009 waren zum Zeitpunkt der Analyse bei Eurostat auf Ebene NUTS 2 keine Daten verfügbar.



sowie die entsprechenden wirtschaftlichen Verflechtungen durchaus relevanten Einfluss auf die Beschäftigungssituation in der jeweiligen Region (siehe Abbildung 2).

Aber nicht nur bei der allgemeinen Beschäftigungsquote, sondern auch hinsichtlich der Frauenbeschäftigungsquote besteht in vielen Regionen noch entsprechender Aufholbedarf: So liegt diese 2008 etwa in Nyugat-Dunántúl nur bei 54,6% oder in den italienischen Regionen Veneto und Friuli-Venezia Giulia bei 55,5%. Am vergleichsweise höchsten ist die Frauenbeschäftigung in der Ostschweiz mit 73% und in Oberbayern mit 70,7%. Positiv ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass etwa in den österreichischen, deutschen und italienischen Teilregionen ebenso wie in Slowenien und der slowakischen Teilregion Západoé Slovensko die Frauenbeschäftigungsquote im Beobachtungszeitraum von 1999 bis 2008 überdurchschnittlich gestiegen ist (siehe Tabelle 7).

Zudem zeigt sich, dass mit Ausnahme von Ungarn in allen Ländern eine positive Entwicklung der Beschäftigungsquote zu beobachten war (siehe Abbildung 3). Dies trifft überwiegend auch auf die Zuwächse erwerbstätiger Personen im Zeitraum von 1999 bis 2008 zu. Insbesondere in den Regionen Bozen (+11,4%), Veneto (+13,2%) und Westösterreich (+12,6%) sind starke Zuwächse zu verzeichnen. Demgegenüber liegt die Zuwachsrate in der ungarischen Region Nyugat-Dunántúl nur bei +1% und somit auch deutlich unter dem nationalen Schnitt von +3,1%. Ein ähnliches Bild ist in der slowakischen Region Bratislavský kraj zu beobachten, wo die Zuwachsrate bei +3% liegt und somit 2,4 Prozentpunkte unter dem nationalen Schnitt. In der Slowakei stellt sich eine spezielle Situation dar, da durch den automotiven Cluster gerade in der Westslowakei ein sehr hohes Wachstum der Beschäftigtenzahlen erreicht werden konnte - die nationalen Wachstumszahlen (+6,4%) liegen beispielsweise auch über jenen von Tschechien (+1,2%) oder Ungarn (+3,1%). Im Gegensatz dazu sind jedoch die Beschäftigtenzahlen durch den Abbau von Produktionsbetrieben in der Region Bratislavský kraj nicht im selben Ausmaß gestiegen. Besonders drastisch stellt sich die Situation in der tschechischen Region Jihovýchod dar: Hier kam es im Beobachtungszeitraum von 1999 bis 2008 sogar zu einem Rückgang (-0,7%) der Beschäftigtenzahlen. Dies ist vor allem auf die Schließung von Textil- und Produktionsbetrieben in dieser Region Ende der 1990er Jahre zurückzuführen.

Zieht man zur Analyse lediglich die Jahre von 2005 bis 2008 heran, so zeigt sich, dass die Beschäftigtenzahlen in diesem Zeitraum wieder gestiegen sind. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Zahlen nur bis Ende 2008 bei EUROSTAT verfügbar sind und gegen Ende des letzten Quartals die Wirtschaftskrise einsetzte, d.h. im Jahr 2009 ist im Großteil der untersuchten Regionen mit einem deutlichen Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu rechnen.

Einen wesentlichen Faktor stellt in diesem Zusammenhang auch die Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Regionen dar (siehe Abbildung 4). Dienstleistungsintensive Regionen, wie etwa Ostösterreich, wo 2008 73,5% der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt waren, oder Bratislava (75,2%), waren bislang von der Wirtschaftskrise in vergleichsweise geringerem Maße betroffen. Demgegenüber war die Betroffenheit in jenen Regionen, die bis dato vom industriellen Sektor geprägt waren, wesentlich stärker. Dazu zählen etwa Westungarn, wo 40,8% in diesem Sektor beschäftigt waren, oder die tschechischen Regionen Jihovýchod (42,2%) und Jihozápad (42,7%) ebenso wie die slowakische Region Západoé Slovensko (42,7%). Der Primärsektor spielt eigentlich nur mehr in Slowenien mit rund 10% Beschäftigung in diesem Bereich eine Rolle.

Generell ist in allen Regionen ein Strukturwandel zu beobachten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und Geschwindigkeit. Es wird jedoch eine fortlaufende Forcierung des Dienstleistungssektors erwartet, auch in jenen Regionen, die schon jetzt einen hohen Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor haben.

Einen zentralen Stellenwert innerhalb des Dienstleistungssektors nehmen Berufe im Hotel- und Gastgewerbe ein. Beispielsweise war dies 2009 jener Berufsbereich mit den meisten gemeldeten offenen Stellen beim AMS sowie in den Printmedien ([www.bis.ams.or.at/qualibarometer/berufsbereiche.php](http://www.bis.ams.or.at/qualibarometer/berufsbereiche.php)). Forschungsergebnisse belegen auch, dass gerade im Bereich der Hotellerie- und Gastronomiebetriebe immer wieder von Personalknappheiten berichtet wird. So gab etwa im Jahr 2008 rund die Hälfte der Betriebe an, zu wenig Fachpersonal zu finden (Smeral et al 2009). Generell erfordert eine Beschäftigung im Fremdenverkehr eine überdurchschnittliche Bereitschaft zu Mobilität, und die große Zahl an Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in diesem Berufsbereich lässt auch auf eine hohe Verflechtung des österreichischen Arbeitsmarktes mit ausländischen schließen (Kernbeiß et al 2009).

Nicht zu vernachlässigen sind bei der Bewertung der allgemeinen Erwerbssituation Faktoren wie etwa Teilzeitbeschäftigung. Diese spielt traditionell in den alten EU-Mitgliedstaaten eine bedeutendere Rolle als in den neuen. Dies belegt auch die Auswertung im Rahmen der vorliegenden Expertise (siehe Tabelle 8). So sind nach den EUROSTAT-Daten in Deutschland rund 21% der Beschäftigten teilzeitbeschäftigt, und auch in Österreich liegt der Anteil mit 19% vergleichsweise hoch. Demgegenüber liegen die Anteile etwa in Tschechien nur bei rund 5%, in Ungarn bei 4% oder in der Slowakei bei 3%. Fakt ist auch, dass wesentlich mehr Frauen als Männer teilzeitbeschäftigt sind und mit Ausnahme von Tschechien in allen Ländern im Beobachtungszeitraum von 1999 bis 2008 eine Steigerung der Anzahl an teilzeitbeschäftigten Personen zu verzeichnen ist. Insbesondere in Österreich ist eine enorme Zunahme zu beobachten: So haben 1999 lediglich 22.700 Männer und 131.400 Frauen teilzeitbeschäftigt gearbeitet, bis 2008 sind diese Zahlen jedoch bereits auf 179.100 Männer und 775.700 Frauen angestiegen. In Slowenien beträgt der Anteil der teilzeitbeschäftigten Personen rund 10%, hier sind jedoch viele Dienstverhältnisse befristet. So sind beispielsweise bei den Berufen SchlosserIn, NäherIn oder ElektromonteurIn mehr als 90% befristet und dies bringt eine enorme Fluktuation am slowenischen Arbeitsmarkt mit sich.

Weiters gilt es in diesem Zusammenhang Entwicklungen in der selbstständigen Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen (siehe Tabelle 9). 2008 war der Anteil an Selbstständigen in der Region Westtransdanubien mit 10,1% am niedrigsten, während beispielsweise in Bozen beinahe ein Viertel (23,7%) aller Beschäftigten selbstständig tätig war. Generell liegen die Anteile in den untersuchten italienischen Regionen über 20%, während sie sich in allen anderen Regionen zwischen 10% und 15% bewegen. Interessant erscheint, dass in Ungarn zwischen 1999 und 2008 die Zahl der selbstständig Erwerbstätigen gesunken ist und zwar um -8% auf nationaler Ebene und um rund -22% in Westtransdanubien. Weiters waren in der Schweiz sowie in Veneto jeweils ein Sinken von rund -3% zu beobachten. In allen anderen untersuchten Regionen kam es zu einer Zunahme und hier teilweise zu einer sehr hohen, etwa in der Slowakei, wo sich die Zahl der selbstständig Erwerbstätigen von 161.400 im Jahr 1999 auf 332.100 im Jahr 2008 beinahe verdoppelt hat. Ein Grund dafür liegt im Steuersystem, das höhere Einkommen bei selbstständiger Erwerbstätigkeit ermöglicht. Zudem wurden die bürokratischen Hürden reduziert und auch seitens der Arbeitsmarktpolitik Neugründungen entsprechend unterstützt.

### 1.3 Arbeitslosigkeit

Wie bereits eingangs erwähnt, sind die Zahlen von EUROSTAT auf der geforderten kleinregionalen Ebene derzeit nur bis zum Jahr 2008 in der Datenbank inkludiert, d.h. die folgenden Zahlen spiegeln die Zeit der Hochkonjunktur bis zum 3. Quartal 2008 wider. Allerdings sind ab dem vierten Quartal 2008 und insbesondere im Jahr 2009 die Zahlen der arbeitslosen Personen in vielen Regionen dramatisch gestiegen.

Bei der Analyse der Daten (siehe Abbildung 5) ist positiv hervorzuheben, dass in allen untersuchten Grenzregionen die Arbeitslosenquote unter dem nationalen Schnitt liegt. Dies deutet darauf hin, dass die Grenznähe zu Österreich und die wirtschaftlichen sowie arbeitsmarktpolitischen Verflechtungen, die nicht zuletzt auch auf durchgeführten Projekten im Rahmen von INTERREG und ETZ beruhen, durchaus positive Auswirkungen auf unsere Nachbarregionen sowie auf Österreich selbst haben (siehe auch Kapitel 2).

Über alle untersuchten Regionen betrachtet ist die Arbeitslosigkeit in der slowakischen Region Západne Slovensko mit 6,4% am höchsten, gefolgt von Ostösterreich mit 5%. Am niedrigsten sind die Quoten in Bozen mit 2,4%, der Ostschweiz mit 2,6% und in Westösterreich mit 2,7%.

Vor allem in den Regionen der neuen Mitgliedstaaten ist die Arbeitslosenquote im Beobachtungszeitraum von 1999 bis 2008 stark gesunken, etwa in Západne Slovensko um 7,9 Prozentpunkte oder in Bratislavsky kraj um 4 Prozentpunkte ebenso in Slowenien und den untersuchten tschechischen Teilregionen um 3 bzw. 4 Prozentpunkte. Besonders positiv ist hervorzuheben, dass in diesen Gebieten auch ein hoher Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit zu beobachten war und die Langzeitarbeitslosigkeit in allen Nachbarregionen gesunken ist.

Dennoch sollte man sich von diesen positiven Entwicklungen während der Hochkonjunktur nicht täuschen lassen, seit dem Jahr 2009 sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den nationalen Daten der einzelnen Länder deutlich ablesbar. Von den Auswirkungen der Krise besonders betroffen war der Produktionsbereich (und exportabhängige Regionen) und somit auch dessen Beschäftigte, d.h. insbesondere Männer, angelernte und gering qualifizierte MitarbeiterInnen, mit zunehmender Dauer der Krise aber immer mehr Fachkräfte.

Auch wenn nunmehr erste Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung sichtbar sind, so zeigt sich doch, dass einzelne Zielgruppen besonders stark von der Krise betroffen waren und hier entsprechende Maßnahmen für deren (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt relevant sind. Dazu zählen vor allem:

- Jugendliche
- Gering Qualifizierte
- Langzeitarbeitslose Personen
- MigrantInnen

## **1.4 Entwicklung der grenzübergreifenden Migration von Arbeitskräften**

Ein Vergleich der Netto Migration im Europa der 1960er Jahre mit jener aus den 1990er Jahren zeigt entsprechende Verschiebungen zwischen Zuwanderungs- und Abwanderungsländern (siehe Abbildung 6 und Abbildung 7). Während etwa im Zeitraum von 1960 bis 1990 österreichische Nachbarländer wie Italien, Slowakei oder Kroatien typische Abwanderungsländer waren, hat sich das Bild dahingehend geändert, dass diese nunmehr zu den Zuwanderungsländern zählen. Migration ist also generell als ein Prozess zu verstehen, der im Zeitverlauf ständigen Veränderungen unterworfen ist.

Wie die folgenden Ausführungen verdeutlichen, sind sowohl Österreich als auch unsere Nachbarländer auf entsprechende Zuwanderungen angewiesen, um in Zukunft nicht zu schrumpfen und international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Wie eingangs dargestellt hatte Österreich 2009 8,355 Millionen EinwohnerInnen und laut der Prognose der Statistik Austria wird die österreichische Bevölkerung bis 2030 auf rund neun Millionen wachsen. Der Grund dafür liegt allerdings nicht in einer steigenden Geburtenrate – im Gegenteil, diese wird konstant bleiben – sondern in einem Bevölkerungswachstum durch Wanderungsgewinne.

Prognostiziert wird ein jährlicher Wanderungsgewinn zwischen 26.000 und 37.000 Personen, und dieser resultiert vor allem aus zunehmenden Verflechtungen zwischen den alten und neuen EU-Ländern, bestehenden Ansprüchen auf Familiennachzüge infolge von Einbürgerungen sowie den ökonomisch bedingten Wanderungen aus Drittstaaten (Statistik Austria 2010).

Beobachtet man die Trends der letzten Jahre in Österreich, so zeigt sich, dass die Zahl der ZuwanderInnen aus Deutschland besonders stark zugenommen hat. 2009 stellte die Gruppe der deutschen ZuwanderInnen mit 17.566 Personen die größte dar, gefolgt von rumänischen ZuwanderInnen mit 9.327 Personen und ungarischen mit 5.778 Personen. Bei den drei genannten Nationen ist die Zahl der ZuwanderInnen in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Demgegenüber nimmt beispielsweise die Zahl der zugewanderten Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens ab und auch bei ZuwanderInnen aus der Türkei ist eine Stagnation zu verzeichnen. Zudem sinkt in beiden Fällen der Wanderungssaldo, d.h. es ziehen mehr Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sowie aus der Türkei wieder weg aus Österreich als zuziehen. Insgesamt zeigt sich, dass die Wanderung aus Nicht-EU-Staaten rückläufig ist. Demgegenüber ist der Wanderungssaldo bei deutschen StaatsbürgerInnen (7.168) sowie bulgarischen (3.354) besonders hoch. Allgemein belegen die bisherigen Forschungsergebnisse zur Migration, dass vor allem in Ballungsräumen eine starke Konzentration von ZuwanderInnen zu beobachten ist und es dort auch zu immer stärkeren Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung kommt.

Österreich ist ein traditionelles Zuwanderungsland, allerdings von eher gering qualifizierten Arbeitskräften. Zumeist sind die Zuwanderer jung, männlich und eben eher gering qualifiziert. Auch die Einführung bzw. Beibehaltung der Übergangsfristen dürfte sich hinsichtlich der Beschäftigung von gut und hochqualifizierten Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten eher negativ auswirken, da diese potentielle Zielgrup-

pe vielfach bereits in Staaten wie etwa Großbritannien oder Irland beschäftigt ist. Gezielte Anwerbung und tolerierte Zuwanderung wird daher in Österreich in Zukunft wieder eine größere Rolle spielen (müssen).

Auch die Analyse der beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte (siehe Abbildung 8) zeigt, dass es zunehmend zu einer Verschiebung in der Zusammensetzung der Nationalitäten kommt. War im Jahr 2007 noch die Gruppe der Arbeitskräfte aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens mit 156.376 die weitaus größte, so ist diese mittlerweile auf 90.777 gesunken. Auch die Zahl der türkischen Arbeitskräfte ist von 55.080 im Jahr 2008 auf 52.901 im Jahr 2009 zurückgegangen. Demgegenüber ist die Zahl der beschäftigten deutschen StaatsbürgerInnen von 63.476 Personen im Jahr 2007 auf 74.008 im Jahr 2009 gestiegen. Eine Zunahme ist weiters bei Arbeitskräften aus Polen, Ungarn und Rumänien zu beobachten, während die Zahl der Arbeitskräfte aus Tschechien und der Slowakei leicht rückläufig ist. Die Zahlen der Beschäftigten aus Italien und der Schweiz stagnieren auf einem vergleichsweise geringen Niveau.

Neben der Arbeitsmigration spielt auch das Grenzpendeln, d.h. in einem Land wohnen und in einem anderen Land arbeiten mit täglicher oder wöchentlicher Rückkehr an den Wohnort, eine zentrale Rolle im europäischen Raum. Insgesamt gibt es in der EU bzw. im EWR-Raum rund 800.000 GrenzpendlerInnen, wobei die Zahlen in Frankreich mit 283.994 und Deutschland mit 117.396 GrenzpendlerInnen am höchsten sind. In den für das vorliegende Thesenpapier interessierenden Ländern gestaltet sich die Situation folgendermaßen: Italien 50.407 GrenzpendlerInnen, Slowakei 31.433, Österreich 26.394, Ungarn 16.790, Slowenien 13.300 und Tschechien 11.677. Als Zielländer sind vor allem die Schweiz sowie Luxemburg attraktiv. Die Situation in Österreich und seinen Nachbarländern zeigt, dass hier vor allem Deutschland (86.334) und Österreich (48.142) GrenzpendlerInnen anziehen. So zählen etwa die Grenzregionen Ungarn – Österreich mit ca. 10.000 GrenzpendlerInnen, Slowakei – Österreich mit ca. 9.000 und Tschechien – Österreich mit rund 7.000 zu jenen mit den höchsten Anzahlen an GrenzpendlerInnen in Europa (Nerb et al 2009). Zu berücksichtigen ist, dass bei den genannten Zahlen der beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte sowie der GrenzpendlerInnen jeweils nur die legal Beschäftigten inkludiert sind. Die Zahl illegal Beschäftigter kann nur geschätzt werden, und hier gehen die Schätzungen sehr weit auseinander. Tatsache ist jedoch, dass gerade im landwirtschaftlichen Bereich und in einzelnen Branchen eine durchaus hohe Zahl an Personen illegal beschäftigt sein dürfte. Beispielsweise geht eine ungarische Studie aus dem Jahr 2005 davon aus, dass seit der Wende rund 60.000 bis 70.000 Personen in Österreich gearbeitet haben, davon hatten rund 58% keine Arbeitsgenehmigung. Vor allem die jüngere Generation ist von illegaler Beschäftigung betroffen. Laut Einschätzung von interviewten ArbeitsmarktexpertInnen pendeln etwa zur Erntezeit im Bereich der Landwirtschaft ca. 10.000 ungarische Arbeitskräfte täglich nach Österreich (Empirica 2008).

## **2 Vorschau: Maßgebliche Trends und zukünftige Herausforderungen**

Die maßgeblichen Trends am Arbeitsmarkt in unmittelbarer Zukunft hängen sehr stark mit den Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung zusammen. Aus diesem Grund wird im Folgenden ein kurzer Überblick über die seitens Österreichs gesetzten Schritte zur Öffnung der Arbeitsmärkte und darauf aufbauend die erwarteten Auswirkungen der Öffnung gegeben. Abschließend werden die aufgrund der bisherigen Analysen sich ergebenden Trends kurz zusammengefasst.

### **2.1 Österreichs Weg zur schrittweisen Öffnung der Arbeitsmärkte**

Die Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen ist ein fundamentales Grundrecht innerhalb der EU. Im Zuge der EU-Osterweiterung 2004 bzw. 2007 wurde dieses Grundrecht vorübergehend gelockert und den „alten“ EU-Staaten Übergangsfristen eingeräumt, die ihnen erlaubten, die Arbeitsmärkte nicht gleich zur Gänze den neuen Mitgliedsländern zu öffnen. Dies wurde vor allem mit den großen Lohn disparitäten zwischen den neuen und alten Mitgliedstaaten begründet.

Die Regelung sah vor, dass die fünfzehn alten EU-Mitgliedsländer die Möglichkeit hatten, ab dem Beitritt der zehn neuen Länder (also im Jahr 2004 bzw. 2007) ihre Arbeitsmärkte für Beschäftigte dieser Länder in drei Etappen von insgesamt sieben Jahren einzuschränken (die so genannte 2 + 3 + 2-Jahre-Regel). Zu Beginn machten einige Mitgliedstaaten von den Übergangsregeln gebrauch, die sie aber (bis auf Österreich und Deutschland) nach und nach auslaufen ließen. Ungarn, Polen und Slowenien führten übrigens gewissermaßen als „Antwort“ auf die Zugangsbeschränkungen einiger Mitgliedstaaten reziproke Beschränkungen für eben diese Mitgliedstaaten ein.

Während Österreich einerseits den Arbeitsmarkt generell für die neuen Mitgliedstaaten beschränkte, erfolgte andererseits parallel zu dieser Einschränkung eine Öffnung für bestimmte Berufsgruppen. So haben Schlüsselarbeitskräfte und Pflegepersonal aus den neuen EU-Mitgliedstaaten bereits seit 2004 unbeschränkten Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt. Auch für Saisoniers sowie ErntehelferInnen bestehen Sonderregelungen. Seit dem Jahr 2007 existieren zusätzlich Ausnahmen für WissenschaftlerInnen sowie Führungskräfte. Im Laufe des Jahres 2008 wurde der österreichische Arbeitsmarkt für die neuen EU-Länder in insgesamt 67 Berufen geöffnet, in denen ein Mangel an Fachkräften herrschte. Diese schrittweise Liberalisierung soll bis 2011 fortgesetzt werden, um eine bedarfsgerechte Steuerung zu ermöglichen. Zusätzlich gab es im Burgenland schon ab dem Jahr 1998 mit Ungarn das so genannte Grenzgängerabkommen (näheres dazu siehe weiter unten).

Für die letzten beiden Jahre, die noch Zugangsbeschränkungen prinzipiell ermöglichen (also 2009 bis April 2011), machten von allen EU-Mitgliedstaaten nur mehr Österreich und Deutschland davon Gebrauch, 2009 Übergangsregelungen zu beantragen. Beide Länder argumentierten damals, dass ihre Arbeitsmarktsituation wegen der Wirtschaftskrise zu schlecht sei, um einen weiteren potentiellen Zuzug verkraften zu

können. Die geografische Lage war ein weiteres zentrales Argument Österreichs und Deutschlands: Durch die Nähe zu den neuen EU-Mitgliedern seien diese beiden Länder stärker als andere Unionsstaaten von einer erhöhten Arbeitsmigration betroffen. Die Unterschiede im Lohnniveau würden eine Zuwanderung weiterhin attraktiv erscheinen lassen und bei einer ungesteuerten und raschen Zuwanderung könnten sich angesichts der großen Einkommensunterschiede negative Verdrängungs- und Verteilungswirkungen ergeben, besonders in einzelnen Regionen und Sektoren.

Die Europäische Kommission kam dem Wunsch nach Verlängerung der Übergangsfristen zwar nach, beide Länder wurden aber dazu aufgefordert, ihre Arbeitsmärkte bis Mai 2011 stufenweise zu öffnen<sup>2</sup>. Dies erschien der Kommission umso dringlicher, als alle anderen EU-Länder den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten für Jobsuchende aus den neuen Mitgliedstaaten bereits vollständig liberalisiert hatten.

Seitens der EU wird auf Untersuchungen verwiesen, welche die positiven Auswirkungen für Staaten ohne Zugangsbeschränkungen aufzeigen. Vor allem Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Gleichstellung, betonte bei zahlreichen Gelegenheiten, dass nur eine vollständige Freizügigkeit für alle Beteiligten wirtschaftliche Vorteile bringen würde. Die Angst vor einem massiven Ansturm von Arbeitskräften auf die alten Mitgliedstaaten habe sich außerdem als unbegründet erwiesen. Vladimír Špidla dazu: *"There is little evidence, that workers from the new member states have displaced local workers or driven down their wages in a serious way, even in those countries where the inflows have been greatest, although there have been some temporary adjustment problems in specific areas"*.<sup>3</sup> Er verweist umgekehrt auf die Gefahren der Arbeitsmarktbeschränkungen, nämlich Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit.

In den meisten Ländern mache die Zahl ausländischer ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedsländern nicht mehr als ein Prozent der einheimischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus. Schließlich hätte durch die Zuwanderung einem Arbeitskräftemangel in bestimmten Bereichen begegnet werden können, so die Kommission in ihrer Bilanz über fünf Jahre EU-Erweiterung. Zugewanderte ArbeitnehmerInnen würden nicht in Konkurrenz zu den Beschäftigten eines Landes stehen, sondern bestehende Lücken füllen. Zudem wird darauf verwiesen, dass die Spitze der Arbeitsmigration in der EU bereits im Jahr 2006 erreicht wurde und sich seither die Kurve wieder abwärts bewegt<sup>4</sup>.

---

<sup>2</sup> Lediglich für StaatsbürgerInnen aus Rumänien und Bulgarien gilt die Frist bis 31. Dezember 2013, da Rumänien und Bulgarien erst 2007 der EU beigetreten waren.

<sup>3</sup> Siehe <http://www.euractiv.com/en/social/europe/free-movement-labour-eu-27/article-129648>

<sup>4</sup> Siehe [http://www.bka.gv.at/site/cob\\_\\_35377/currentpage\\_\\_0/6726/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/cob__35377/currentpage__0/6726/default.aspx)

## 2.2 Studien zum Wegfall der Arbeitsmarktbeschränkungen 2011

Während sich die seitens der EU durchgeführten Studien eher mit gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen, interessieren aus österreichischer Sicht auch sektorale und regionale Auswirkungen und vor allem zu erwartende Auswirkungen des Wegfalls der Arbeitsmarktbeschränkungen 2011 auf die Beschäftigten sowie die Unternehmensstrukturen in den Anrainerstaaten bzw. den Anrainerregionen.

Im Folgenden soll auf die Ergebnisse einiger wissenschaftlicher Studien zum Thema eingegangen werden, die sich mit den möglichen Auswirkungen auf die Gesamtbeschäftigung bzw. auf einzelne Beschäftigtengruppen auseinandersetzen.

Eine Studie von Prettnner/Stiglbauer (2007) geht davon aus, dass mit einer zusätzlichen Immigration von rund 200.000 Arbeitskräften innerhalb von zehn Jahren nach vollkommener Liberalisierung des Arbeitsmarktes zu rechnen sei. Diese Einschätzung wird auf Basis von Literaturstudien und empirischen Schätzungen getroffen. Während die aggregierten Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt als sehr gering eingeschätzt werden, könnten die Beschäftigungschancen für schlechter ausgebildete ArbeitnehmerInnen mit niedrigen Einkommen aber im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen sinken. Hinsichtlich der Preisentwicklung wird von einer Verringerung des Inflationsdrucks ausgegangen.

Das Forschungsinstitut Synthesis kommt in einer zwar unveröffentlichten, aber vom AMS und auch gewerkschaftlicher Seite verwendeten Studie zu der Einschätzung, dass in den ersten zwei bis drei Jahren nach der Öffnung des Arbeitsmarktes pro Jahr voraussichtlich 20.000 bis 25.000 zusätzliche Arbeitskräfte zu erwarten sind. Das Arbeitsmarktservice geht davon aus, dass es aufgrund der zusätzlichen Arbeitskräfte 2011 trotz des zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwungs daher nicht zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen wird, sondern zu einer Stagnation. Erst 2012 wird mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet<sup>5</sup>.

Sehr konkret setzt sich eine Studie von Bock-Schappelwein u.a. (2009) mit den Auswirkungen des so genannten Grenzgänger- und Praktikantenabkommens auf den burgenländischen Arbeitsmarkt auseinander<sup>6</sup>. Diese Untersuchung reflektiert auch die Situation nach den Übergangsfristen.

Die mikro-ökonomische Untersuchung der bisherigen Auswirkungen des Grenzgängerabkommens kann keine substantiellen Effekte auf den burgenländischen Arbeitsmarkt nachweisen. GrenzgängerInnen sind häufiger als die Erwerbspersonen in der Senderegion und die burgenländischen Erwerbspersonen unqualifiziert und deut-

---

<sup>5</sup> Siehe <http://derstandard.at/1263706398045/Buchinger-Arbeitslosigkeit-wird-2011-noch-nicht-sinken> sowie <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/unbegruendete-angst-vor-oeffnung-des-arbeitsmarkts-406727/index.do>

<sup>6</sup> 1998 wurden zwischen den Regierungen von Österreich und Ungarn ein Grenzgänger- sowie ein Praktikantenabkommen abgeschlossen. In den Spitzenjahren (z.B. 2004) wurden durch das Grenzgängerabkommen dem burgenländischen Arbeitsmarkt rund 1.700 Arbeitskräfte (zumeist in der Landwirtschaft und dem Tourismus) zugänglich gemacht.



lich seltener hochqualifiziert. Die Ergebnisse der durchgeführten makroökonomischen Simulation zeigten insbesondere, dass der Zustrom an Arbeitskräften durch das Grenzgängerabkommen die burgenländische Wertschöpfung gesteigert und zu einem Beschäftigungswachstum beigetragen hat. Nach diesen Indikatoren ist die wirtschaftliche Leistungskraft des Burgenlandes gestiegen. Allerdings zeigen die Simulationen auch, dass von diesem Zustrom vor allem die Landwirtschaft, das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, Bauwesen und der Landverkehr überproportional profitierten. Ein Lohndruck in diesen Branchen kann jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Die AutorInnen kommen zu der Schlussfolgerung, dass das Grenzgängerabkommen weiterhin Aufrecht erhalten und stärker für eine schrittweise qualifikationsorientierte Öffnung der Arbeitsmärkte für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten genutzt werden sollte. Im Rahmen des gegenwärtigen Regulierungsinstrumentariums sollten bestehende Kontingente möglichst großzügig gestaltet werden. Insgesamt wird dieses Abkommen als ein Beitrag gesehen, dass die Änderungen nach Wegfall der Arbeitsmarktrestriktion für das Burgenland möglichst gering ausfallen.

Wenige Studien nennen aber (aus gutem Grund) konkrete Zahlen hinsichtlich der zu erwartenden Beschäftigungsströme bei Öffnung der Arbeitsmärkte in Österreich und Deutschland. Es erfolgt vielmehr eine Auseinandersetzung mit potentiellen Auswirkungen auf allgemeiner Ebene bzw. mit Gründen und Faktoren für eine verstärkte Arbeitsmarktmigration. Nerb u.a. (2009) gehen davon aus, dass auch bei Wegfall der aktuellen Arbeitsmarktrestriktionen eine Vielzahl von Barrieren bestehen bleiben, die eine massive grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität unwahrscheinlich erscheinen lassen. Genannt werden beispielsweise Sprachbarrieren, große Systemunterschiede zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten, wenig ausgebaute Transportwege (bis auf wenige Ausnahmen zwischen den Großstädten, also Richtung Wien). Als eine Hauptauswirkung des Wegfalls der Arbeitsmarktbeschränkung 2011 nennen die AutorInnen die Reduktion der Schwarzarbeit, die momentan aufgrund der Beschränkungen vor allem in Österreich sehr ausgeprägt sei.

Zwar sind die Befürchtungen in den Grenzregionen sehr ausgeprägt, Studien gehen aus unterschiedlichen Gründen aber davon aus, dass es eher der Großraum Wien ist, der für Arbeitskräfte interessant ist. Nicht zuletzt die besser entwickelte Transportsituation Richtung Wien spricht für diese Annahme (Nerb u.a. 2009).

Für die Grenzregion Österreich - Slowakei wird vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO das Projekt "Fachkräftemonitoring (FAMO) – Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei" durchgeführt. Teil dieses Projektes ist es, das Migrations- und Pendelpotential in Wien und den slowakischen CENTROPE-Regionen Bratislava und Trnava aufzuzeigen (Nowotny/ Hierländer 2009). Die auf drei Interviewwellen im Zeitraum November 2004 bis Jänner 2009 basierende Untersuchung zeigt zwar einen deutlichen Rückgang der allgemeinen Mobilitätspotentiale seit dem EU-Beitritt der Slowakei, identifiziert jedoch auch ein relativ zeitinvariantes, konkretes Potential an Pendel- und Migrationsströmen. Dieses Potential (welches nicht gleichzusetzen ist mit Personen, die tatsächlich pendeln oder migrieren werden) wird in der slowakischen CENTROPE-Region auf etwa 3.400 bis 11.700 Personen geschätzt.

Eine nähere Untersuchung der Migrations- und Pendelwilligen zeigt, dass rund 40% Österreich als Zielland angeben, daneben werden Großbritannien und Deutschland ebenfalls als wichtige Zielländer genannt. Verglichen mit der Grundgesamtheit der Migrations- und Pendelwilligen, die Österreich als Zielland angeben, weisen jene, die

die anderen Länder präferieren, ein etwas höheres Qualifikationsniveau auf. Sowohl Nowotny/Hierländer (2009) als auch Huber (2009) verweisen in ihren Studien darauf, dass Österreich für hochqualifizierte Fachkräfte weniger attraktiv erscheint, was gerade vor dem Hintergrund der zu erwartenden Fachkräfteknappheit als problematisch eingestuft wird. Die Übergangsregelungen sowie die partielle Öffnungen des Arbeitsmarktes haben dieses Faktum eher verstärkt denn abgeschwächt.

Vor dem Hintergrund einer sich gegenüber 2010 leicht verbessernden Konjunkturlage in Österreich und der Slowakei sowie einer unveränderten Arbeitslosenquote in beiden Ländern werden mögliche Aussagen über die Mobilitätsbereitschaft in den slowakischen CENTROPE-Regionen nach Österreich im Jahr 2011 als recht schwierig eingestuft. Der in den letzten Jahren beobachtbare Trend einer Umlenkung von Migrationsströmen in andere Länder, die Übergangsfristen nicht in Anspruch nahmen (allen voran Großbritannien und Irland), wird sich bis 2011 – aufgrund der auch in diesen Ländern angespannten Wirtschaftslage – jedoch wahrscheinlich nicht mehr im bisherigen Maße fortsetzen. Migration wird als von der wirtschaftlichen Lage abhängig gesehen, da diese großteils nicht "spekulativ", sondern "vertraglich" ist: Die meisten Menschen migrieren erst, wenn sie bereits ein konkretes Arbeitsangebot im Zielland haben. Vor diesem Hintergrund hängt die tatsächliche Ausschöpfung des Migrations- und Pendelpotentials auch von den Angeboten ab.

Eine breit angelegte Studie von Untiedt u.a. (2007), welche die bisherigen Auswirkungen der EU-Erweiterung für u.a. Deutschland und Österreich im Zentrum der Untersuchung hat, relativiert insgesamt die Sinnhaftigkeit von Prognosen und bietet interessante Denkanstöße für die Zeit nach der Aufgabe der Arbeitsmarktbeschränkungen. Die Studie zeigt, dass die vor der EU-Erweiterung prognostizierten ArbeitsmigrantInnen aus den neuen EU-Ländern in der Realität weit unter den Erwartungen zurückblieben und es - auch aufgrund sprachlicher Vorteile bzw. einer offeneren Arbeitsmigrationspolitik - viel mehr Personen als erwartet nach Großbritannien und Irland zog. Nun durchgeführte Simulationen bei Freizügigkeit basieren stark auf den Annahmen, die vor der EU-Erweiterung getroffen wurden; diese beziehen nicht die Umlenkung der Migrationsströme nach Großbritannien und Irland ein. Nach Ansicht der AutorInnen ist der Umfang der wanderungsbereiten Bevölkerung in den neuen EU-Mitgliedstaaten nach Auslaufen der Übergangsregelungen daher niedriger als angenommen. Dies könne jedoch kaum quantifiziert werden, da insgesamt die Wanderungsszenarien erheblichen Ungewissheiten unterliegen.

Die Studie analysierte auch bisherige und zu erwartende Lohneffekte, die durch die EU-Erweiterung entstanden sind bzw. nach der Arbeitsmarktöffnung zu erwarten sind. Für Deutschland wurde konstatiert, dass die Lohneffekte der Zuwanderung und der Integration der Güter- und Kapitalmärkte zwar recht moderat einzustufen sind, aber auf sektorale Effekte hingewiesen werden muss. Vor allem die Landwirtschaft sowie der Bausektor können jene Branchen sein, die nach der Arbeitsmarktöffnung stärker unter Druck geraten: In diesen Sektoren werden entweder die Löhne sinken oder es kommt zu einem Rückgang der Beschäftigung. Im Gegensatz hierzu wird davon ausgegangen, dass in der Industrie die positiven Effekte der EU-Erweiterung erst durch Schaffung von Freizügigkeit oder Arbeitsmarktflexibilität vollständig genutzt werden können.

Für Österreich werden die beobachteten als auch erwarteten Effekte sehr differenziert und uneindeutig eingeschätzt: einerseits hatten grenznahe Industrieregionen (sachkapitalintensive Regionen) sowohl im Jahr 2004 und 2005 eine deutlich schlechtere Beschäftigungsentwicklung aufzuweisen als vergleichbare grenzferne

Regionen, andererseits hatten urbane Zentren (humankapitalintensive Regionen) in Grenznähe eine deutlich bessere Beschäftigungsentwicklung als städtische Binnenregionen. Im Allgemeinen war aber der Anstieg der Arbeitslosigkeit in allen Grenzregionstypen geringer als in vergleichbaren grenzfernen Regionstypen, was laut AutorInnen auf relativ geringe Effekte einer Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes in diesen grenznahen Regionen hinweise.

Insgesamt verweist die Studie darauf, dass es zu den zu erwartenden Auswirkungen auf Löhne und Beschäftigungschancen sehr differente Aussagen gibt, die auch darauf zurückzuführen sind, dass unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Voraussetzungen zum Tragen kommen und in die Berechnungen einbezogen werden.

Trotz dieser Relativierung legen die meisten Studien nahe, dass die Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung gesamtwirtschaftlich positiv sind, aber sie verweisen doch auf die (vor allem kurz- und mittelfristige) Gefahr, dass der Druck auf bestimmte Beschäftigtengruppen weiter steigen wird und für bestimmte Branchen die Löhne unter Druck geraten. Derartige Gefahren werden vor allem für das Grenzraumgebiet gesehen. Seitens der österreichischen Politik wird - mit unterschiedlicher Intensität - dieses Gefahrenpotential aufgegriffen und es werden unterschiedliche Vorbereitungen vorgeschlagen.

### **2.3 Derzeitiger Fokus der Vorbereitung: Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping**

Da die vollständige Öffnung der Arbeitsmärkte ab 1. Mai 2011 ein unumstößliches Faktum ist, richten sich die derzeitigen Bemühungen der österreichischen Politik, insbesondere der Sozialpartner, weniger darauf für eine Abschottung der Arbeitsmärkte zu plädieren und vor großen Arbeitsmigrationsströmen zu warnen, als darauf mögliche Folgen der Öffnung aufzuzeigen und im Vorfeld entsprechende Maßnahmen zu setzen.

So werden derzeit vor allem seitens der ArbeitnehmerInnen-Vertretung Maßnahmen befürwortet, die dem befürchteten Lohn- und Sozialdumpingentwicklungen entgegenwirken. Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat im Juli 2010 einen Gesetzesentwurf gegen Lohn- und Sozialdumping zur Begutachtung entsendet, mit dem Ziel „nicht den österreichischen Arbeitsmarkt abzuschotten, sondern ihn vor unlauterem Wettbewerb zu schützen“, wie Sozialminister Rudolf Hundstorfer in einer Aussendung zum Gesetzesentwurf betonte<sup>7</sup>. Kernpunkt des Entwurfes ist es, zu verhindern, dass Anbieter (vor allem in sensiblen Sektoren wie der Baubranche) Aufträge mit niedrigen, auf dem Niveau des Herkunftslandes kalkulierten Arbeitskosten abwickeln. Dazu sind etwa Kontrollen des Mindestentgelts und die Sanktionierung der Unterentlohnung durch die Unternehmen mit einer Verwaltungsstrafe vorgesehen. Während seitens des Sozialministeriums betont wird, dass die Umsetzung dieses Gesetzes auch einen Schutz für österreichische Klein- und Mittelunternehmen bieten würde, wird seitens der Wirtschaftsvertretung, insbesondere seitens der Industriellenvereinigung, der Gesetzesentwurf als zu weitgehend abgelehnt.

---

<sup>7</sup> Siehe [http://www.bmsk.gv.at/cms/site/index\\_presseaussendung.html?doc=CMS1279198059627](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/index_presseaussendung.html?doc=CMS1279198059627).

Auch die deutsche Politik bietet hier übrigens gewisse Parallelitäten: Hier wird ebenfalls vor allem vor den Gefahren eines Dumpingwettkampfs gewarnt. In Deutschland wird als Strategie derzeit vor allem die Einführung eines Mindestlohns diskutiert. Allerdings gibt es auch hier unterschiedliche Ansichten seitens der ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenvertretung: während der Deutsche Gewerkschaftsbund für flächendeckende Mindestlöhne eintritt, können sich die Deutschen Arbeitgeberverbände Mindestlöhne nur in besonders gefährdeten Branchen vorstellen. Aktuell wird ein Branchenmindestlohn bei den ZeitarbeiterInnen verhandelt<sup>8</sup>.

---

<sup>8</sup> Siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,720537.00.html>.

### **3 Hypothesen und Vorschläge über Potentiale/Ansatzpunkte für ETZ-Programme**

Die bisherige Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Projekten hat gezeigt, dass die AkteurInnen und ArbeitsmarktexpertInnen drei zentrale Nutzendimensionen sehen (siehe Eglseer et al 2010):

#### **■ Praktischer Nutzen**

Vor allem der praktische Nutzen für den Arbeitsalltag wird von ArbeitsmarktexpertInnen und MitarbeiterInnen der Arbeitsmarktverwaltungen als zentral hervorgehoben. Dazu zählen etwa die gemeinsame Konzeptionierung und Umsetzung von Pilotprojekten, das Erzielen von Lernerfahrungen, Informationen durch Good Practice Modelle, gesichertes Wissen über die Nachbarregionen, strukturierter Austausch, etc. Als besonders nützlich werden hier all jene Aktivitäten bewertet, die positive Effekte auch in einem größeren Zusammenhang erzielen. Dazu zählen Beiträge zur sozialen und regionalen Kohäsion oder die konkrete Unterstützung und das Eröffnen von Handlungsmöglichkeiten für die BürgerInnen der Regionen. Etwa dann, wenn Arbeitssuchende und Interessierte durch unterschiedliche Angebote Informationen zu den Arbeitsmöglichkeiten in der Region erhalten, wie dies beispielsweise im Rahmen grenzüberschreitender Jobmessen möglich ist, oder durch grenzüberschreitende Kursmaßnahmen und Beratungsmöglichkeiten.

#### **■ Kognitiver Nutzen**

Diese Nutzendimension bezieht sich auf den Informationsgewinn, die Weiterbildung, den Aufbau von *know how* und die Verbesserung der Qualität der Tätigkeiten in den Organisationen selbst. Grundlage und Voraussetzung für eine effektive Zusammenarbeit ist dabei das Gewinnen einer profunden Informationsbasis über die jeweiligen Rahmenbedingungen und Strukturen in den Regionen.

#### **■ Sozialer Nutzen**

Dazu zählt der Aufbau und die kontinuierliche Pflege von Netzwerken, die Gewährleistung eines organisatorischen Rahmens für eine laufende und intensive Kommunikation zwischen unterschiedlichsten PartnerInnen sowie damit verbunden der Aufbau und die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses hinsichtlich regionaler Strukturen, Rahmenbedingungen etc.

### **3.1 Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen und Hypothesen**

In den bisherigen Kapiteln wurde ein kurzer Überblick über die Entwicklungen am Arbeitsmarkt sowie künftige Abschätzungen zur Öffnung der Arbeitsmärkte gegeben. An dieser Stelle werden nun exemplarisch einige uns wichtig erscheinende arbeitsmarktpolitische Herausforderungen der Zukunft herausgegriffen:

- Bevölkerungsprognosen belegen einen starken demografischen Wandel, d.h. die Anteile der Personen im erwerbsfähigen Alter werden abnehmen, und die Anteile älterer Personen (ab 65 Jahren) werden steigen. Dies bedeutet, dass einerseits auf das sich verändernde Arbeitskräftepotential reagiert werden muss und sich andererseits neue Beschäftigungsfelder ergeben werden.
- In diesem Zusammenhang spielt natürlich auch die Bildungspolitik eine relevante Rolle. Themen der Zukunft sind hier beispielsweise die Erhöhung der Bildungsbeteiligung der 15- bis 24-Jährigen, Aufhebung der geschlechtsspezifischen Segregation bei höheren Ausbildungen, Bildungsbeteiligung von MigrantInnen, die Reduzierung von jugendlichen Schuldrop-Outs oder Berufsorientierung.
- Auch der Strukturwandel bringt eine Veränderung am Arbeitsmarkt mit sich, vor allem die Intensität des Dienstleistungssektors wird sich erhöhen. In diesem Zusammenhang seien exemplarisch zwei Berufsfelder genannt, bei denen bereits enge Verflechtungen der Arbeitsmärkte bestehen: Hotel- und Gastgewerbe sowie Gesundheitsberufe, insbesondere im Pflegebereich. In beiden Bereichen besteht auch Personalknappheit, d.h. hier sind gemeinsame grenzüberschreitende Konzepte und arbeitsmarktpolitische Strategien gefordert. Zudem gilt es generell neue Berufe und Qualifikationen zu identifizieren und entsprechende Ausbildungen zur Verfügung zu stellen.
- Bestimmte Zielgruppen (z.B. Jugendliche, gering Qualifizierte, MigrantInnen, Menschen mit Behinderung etc.) sind besonders stark von der Ausgrenzung am Arbeitsmarkt betroffen. Hier sind entsprechende Maßnahmen gefordert.
- Die bisherigen Analysen haben belegt, dass die grenzüberschreitenden wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Verflechtungen sowohl für Österreich als auch seine Nachbarländer positive Auswirkungen hatten und sie sind daher auch in Zukunft zu forcieren, etwa durch grenzüberschreitende Netzwerke, darauf aufbauende gemeinsame arbeitsmarktpolitische Strategien, gemeinsame Tourismuskonzepte, etc.
- Es hat sich auch gezeigt, dass die bisherigen Prognoseinstrumente kaum aussagekräftige Daten liefern können. Hier gilt es an entsprechenden Instrumenten weiterzuarbeiten und auch grenzüberschreitende Aspekte zu berücksichtigen, um ein rasches Reagieren auf neue Qualifikationsprofile sowie etwaige neue Berufe zu ermöglichen (z.B. Stichwort Green Jobs).
- Migration – vor allem innerhalb der EU-Länder – gewinnt zunehmend an Bedeutung. Hier gilt es die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen (z.B. Stichwort Qualität der Arbeit) und auch massiven „brain drain“ in bestimmten Regionen durch geeignete Maßnahmen zu verhindern.

## 3.2 Vorschläge

Nachdem davon auszugehen ist, dass die zentraleuropäische Region in den nächsten Jahren einer starken Integrationsdynamik ausgesetzt sein wird, stellt sich die Frage: Wie sollen und wie können gemeinsame grenzüberschreitende Arbeitsmarktprojekte in Zukunft darauf reagieren?

Diesbezüglich sind zwei Orientierungen beobachtbar, zum einen eine strategische und zum anderen eine Umsetzungsorientierung. Zur **strategischen Orientungsdimension** zählen unter anderem die Definition einer umfassenden arbeitsmarktpolitischen Strategie und gemeinsamer Zielsetzungen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Dynamik der Arbeitsmärkte und die sich immer wieder verändernden Herausforderungen eine kontinuierliche Reflexion und Überprüfung der strategischen Ausrichtung nötig machen. Konkrete inhaltliche Punkte einer solchen künftigen Ausrichtung der Strategie zielen beispielsweise auf eine integrierte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die zu einer Stärkung regionaler und sozialer Kohäsion beiträgt. In diesem Zusammenhang sind natürlich weitere Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung, dazu zählen etwa institutionelle Lösungen, wie Netzwerkstrukturen und –koordination. Die Erfahrungen zeigen immer wieder, dass aufgebaute Netzwerke ohne entsprechende Strukturen und finanzielle Ressourcen in der Praxis nicht lange weiter bestehen. Aus diesem Grund wäre es wichtig, dass etwa wie am Beispiel des TEP hier im Rahmen des ETZ entsprechende grenzüberschreitende Netzwerkstrukturen für den Arbeitsmarkt (z.B. NetzwerkkoordinatorIn, Dolmetsch etc.) finanziert werden. Darauf aufbauend könnten gemeinsame arbeitsmarktpolitische Ziele zwischen den Ländern definiert werden sowie entsprechende Steuerungsinstrumente entwickelt werden. Zugleich geht es hierbei um Harmonisierungen und Standardisierungen, beispielsweise hinsichtlich der Anerkennung von Berufen oder anderer legislativer Grundlagen.

Bei der **Umsetzungsorientierung** seien folgende Punkte als Beispiele genannt:

### ■ Informationsaustausch auf gesamteuropäischer Ebene

Bisher lag der Schwerpunkt des Informationsaustausches auf bilateraler bzw. kleinregionaler Ebene. Diesbezüglich wird es zwar auch in Zukunft immer wieder Bedarf hinsichtlich des Austausches zu spezifischen Themen geben, dennoch zeigt sich, dass vermehrt Bedarf nach einem europäischen Austausch besteht. Aus diesem Grund wäre es notwendig, zu regional relevanten Themen auch in Zukunft Austauschmöglichkeiten zu bieten, dies allerdings vermehrt unter der Einbindung von internationalen ExpertInnen.

### ■ Vernetzung auf mehreren Ebenen

Gerade im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind auf kleinregionaler Ebene die Möglichkeiten der Veränderungen stark beschränkt, da dies meist in der Zuständigkeit nationaler Behörden liegt. Aus diesem Grund sind Vernetzungen auf drei verschiedenen Ebenen notwendig, um nachhaltig erfolgreich zu sein: national, regional und lokal. Wichtig wäre es, in Zukunft diese Möglichkeiten der Vernetzung – auch wenn z.B. die Bundeshauptstadt außerhalb des Fördergebietes liegt – zu gewährleisten.

### ■ Erweiterung der Wissensbasis (ev. grenzüberschreitende Datenbanken)

Auch im Rahmen des vorliegenden Thesenpapiers wurde verdeutlicht, wie beschränkt die Datenqualität auf kleinregionaler Ebene gerade im Hinblick auf

grenzüberschreitende Vergleiche nach wie vor ist. Aus diesem Grund sind Primärerhebungen in den Regionen unerlässlich und sollten auch in Zukunft finanziert werden, nicht zuletzt da sie eine wesentliche Planungsgrundlage für künftige Projekte darstellen.

#### ■ **Konzeptionierung und Erprobung innovativer Kurs- und Schulungsmaßnahmen**

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass immer weniger zeitliche und finanzielle Ressourcen für die Entwicklung innovativer Schulungs- und Kursmaßnahmen zur Verfügung stehen, vor allem grenzüberschreitende Projekte werden außerhalb der ETZ-Programme vollkommen vernachlässigt. Die ETZ bietet hier einen einmaligen Rahmen für die Konzeptionierung und Implementierung von Pilotprojekten, die anschließend in das Regelwerk der jeweiligen Arbeitsmarktverwaltungen übernommen werden können. Der Vorteil ist, dass direkt auf grenzüberschreitende Bedarfe am Arbeitsmarkt eingegangen werden kann und aus diesem Grund stellt dies für zukünftige Programme ein ganz wesentliches Element dar.

In diesem Zusammenhang stellt sich immer wieder die Frage nach der Abgrenzung zwischen bestehenden Förderprogrammen, wie etwa EFRE und ESF. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass grenzüberschreitende Projekte beinahe ausschließlich im Rahmen der grenzüberschreitenden EFRE-Programme (z.B. INTERREG, ETZ, etc.) umgesetzt wurden. Auch in Zukunft sollte das Thema Arbeitsmarkt innerhalb der grenzüberschreitenden Programme nicht vernachlässigt werden, da beispielsweise innerhalb der Europa 2020-Strategie der Armutsbekämpfung eine zentrale Bedeutung zukommt, und hier können nur durch ein Zusammenwirken aller Programme und der Nutzung der entstehenden Synergien entsprechende Erfolge erzielt werden.

Zudem hat die laufende Förderperiode Programmverantwortlichen, Projektträgern und ProjektmitarbeiterInnen verdeutlicht, dass angenommene wirtschaftliche Rahmenbedingungen sich sehr rasch ändern können und ursprüngliche Projektideen bei langfristigen Programmen nicht mehr zielführend umzusetzen sind. Daher wäre es wichtig, dass eine gewisse Flexibilität in den Programmen besteht, um auf derartige massive Einschnitte, wie sie beispielsweise der Arbeitsmarkt in den letzten beiden Jahren erlebt hat, entsprechend und zielgerichtet reagieren zu können.

Hinsichtlich wichtiger Themen für die Zukunft wurden im Kapitel „Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen“ bereits zentrale Punkte angesprochen, die an dieser Stelle nur mehr kurz wiederholt werden:

- Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt und notwendige Maßnahmen
- Gemeinsame grenzüberschreitende Konzepte und arbeitsmarktpolitische Strategien in ausgewählten Berufsbereichen, z.B. Tourismus, Pflegeberufe.
- Neue Berufsfelder und neue bzw. andere (schulische und berufliche) Qualifikationsbedarfe aufgrund des Strukturwandels
- Entwicklung von Instrumenten für Beschäftigungs- und Qualifikationsprognosen unter Berücksichtigung grenzüberschreitender Aspekte
- Das Thema Migration ist äußerst vielfältig: Hier geht es einerseits um eine gezielte Förderung von (qualifizierter) Zuwanderung mit gleichzeitiger Vermeidung eines brain drains in gewissen Regionen. Des Weiteren um die Schaffung der not-



wendigen Rahmenbedingungen für die Integration der ausländischen Arbeitskräfte. In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um Migration innerhalb der EU, sondern auch um Drittstaatsangehörige.

Mögliche weitere relevante Themen für die Zukunft sind folgende:

- Vor dem Hintergrund der allgemeinen künftigen Herausforderungen – Qualifizierungsmaßnahmen, arbeitsplatzerhaltende Maßnahmen und Schaffung neuer Arbeitsplätze - wird das **Schaffen von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik**, die zur Entstehung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes in der Region beitragen, ein relevanter Themenbereich sein. Diese sollen vor allem auch zielgruppenspezifische Bedarfe abdecken. Konkrete Zielgruppen sind in erster Linie jene, die derzeit eine vergleichsweise schwierige Situation am Arbeitsmarkt vorfinden, etwa Jugendliche oder ältere ArbeitnehmerInnen, gering Qualifizierte etc.
- Eine wichtige Forderung – auch seitens der Europäischen Kommission - ist jene nach einer Förderung der **Mobilität der Arbeitskräfte und von SchülerInnen sowie StudentInnen**. Konkret soll innerhalb der ETZ-Projekte die Mobilität innerhalb der Grenzregionen gefördert werden und zwar in beide Richtungen der Grenzen. Hierbei geht es auch darum, die Mobilität von Personen in Ausbildungen zu unterstützen und zu fördern. In diesem Zusammenhang spielt natürlich auch die Sprachkompetenz einen relevanten Stellenwert, und hier ist vor allem die Bildungspolitik hinsichtlich der Bereitstellung der Möglichkeiten, aber auch motivierender Maßnahmen gefordert.
- Eng im Zusammenhang mit dem Thema Mobilität am Arbeitsmarkt stehen natürlich die Vergleichbarkeit der Ausbildungen sowie die **Anerkennung von Berufen**. Für einige Berufe gibt es die entsprechenden Möglichkeiten (z.B. Gesundheitsbereich), für viele jedoch nicht. Nachdem eine EU-weite Regelung hier noch in weiter Ferne ist, sollten zumindest jeweils bilaterale Abkommen die Anerkennung erleichtern und somit auch die Mobilität fördern und zugleich entsprechende Informationsmöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen zur Verfügung gestellt werden.
- Die demografischen Entwicklungen lassen den Schluss zu, dass in Zukunft die Zahl der Personen im Haupterwerbssalter abnehmen wird und entsprechende Engpässe an Arbeitskräften entstehen werden. Für Unternehmen wird es daher besonders wichtig sein, qualifizierte Arbeitskräfte im Unternehmen zu halten. In diesem Zusammenhang wird die **Qualität der Arbeit** in Zukunft einen relevanten Stellenwert einnehmen. Wichtig wäre es, hier auch grenzüberschreitenden zu agieren. Zudem gilt es in diesem Zusammenhang auch gemeinsam Maßnahmen gegen beispielsweise Lohndumping zu entwickeln.
- Ein zentrales Thema der Zukunft, das auch seitens der EU immer wieder forciert wird, ist die **Integration ethnischer Minderheiten am Arbeitsmarkt**. In den meisten unseren Nachbarländer, aber auch in Österreich, betrifft dies ganz zentral die Gruppe der Roma.
- Ein weiteres wichtiges zukünftiges Thema ist die **Soziale Inklusion** und in diesem Zusammenhang nimmt Arbeit einen relevanten Stellenwert ein. Zugleich zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass atypische Arbeit und das Phänomen „Working Poor“, d.h. trotz Arbeit kein existenzsicherndes Einkommen, zunehmen. Hier gilt es durch gemeinsame grenzüberschreitende Abstimmungen und Aktivitäten entsprechende Gegenmaßnahmen zu setzen.

## Zusammenfassung

Generell sind zwischen den untersuchten Regionen doch deutliche Unterschiede zu beobachten. Hinsichtlich der **Bevölkerungsentwicklung** (1998-2009) zeigt sich, dass vor allem in den untersuchten alten EU-Mitgliedstaaten (Italien, Deutschland, Österreich) vergleichsweise hohe Zuwachsraten zu verzeichnen sind, während diese in den neuen Mitgliedsstaaten niedriger ausfallen. In den slowakischen und ungarischen Regionen war sogar ein Sinken der Bevölkerungszahlen zu beobachten. Für alle Regionen gilt, dass in Zukunft die Zahl der Personen im Haupterwerbsalter zurück geht. Umso wichtiger wird eine gut gebildete Bevölkerung sein, und diesbezüglich ist eine positive Tendenz zu verzeichnen: Sowohl die **Bildungsbeteiligung** als auch der Bildungsgrad haben sich im Beobachtungszeitraum deutlich erhöht.

Das in der Lissabon-Strategie festgelegte Ziel einer **Beschäftigungsquote** von 70% für das Jahr 2010 konnte in folgenden Regionen bereits 2008 erreicht werden: Oberbayern (75,8%), Niederbayern (75,3%), Schwaben (75%), Bozen (70,5%), in allen österreichischen Regionen sowie in Bratislavský kraj (72,1%) und der Ostschweiz (80,2%). In den weiteren Regionen liegen die Beschäftigungsquoten teilweise deutlich unter der Zielvorgabe von 70%, etwa in der ungarischen Region Westtransdanubien (62,1%), in der tschechischen Region Jihovýchod (65,9%), in den italienischen Regionen Friuli-Venezia Giulia (65,3%) und Veneto (66,4%) sowie in der slowakischen Grenzregion Západné Slovensko mit 65,5%.

Ende 2008 setzte die Wirtschaftskrise ein, und im Großteil der untersuchten Regionen ist 2009 mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu rechnen. Dienstleistungsintensive Regionen, wie etwa Ostösterreich, wo 2008 73,5% der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt waren, oder Bratislava (75,2%), waren bislang von der Wirtschaftskrise in vergleichsweise geringerem Maße betroffen. Demgegenüber war die Betroffenheit in jenen Regionen, die bis dato stark vom industriellen Sektor geprägt waren, wesentlich stärker. Dazu zählen etwa Westungarn, wo 40,8% in diesem Sektor beschäftigt waren, oder die tschechischen Regionen Jihovýchod (42,2%) und Jihozápad (42,7%) ebenso wie die slowakische Region Západné Slovensko (42,7%).

Bei der Analyse der **Arbeitslosenquoten** ist positiv hervorzuheben, dass in allen untersuchten Grenzregionen die Arbeitslosenquote unter dem nationalen Schnitt liegt. Dies deutet darauf hin, dass die Grenznahe zu Österreich und die wirtschaftlichen sowie arbeitsmarktpolitischen Verflechtungen, die nicht zuletzt auch auf durchgeführten Projekten im Rahmen von INTERREG und ETZ beruhen, durchaus positive Auswirkungen auf unsere Nachbarregionen sowie auf Österreich selbst haben. Über alle untersuchten Regionen betrachtet, ist die Arbeitslosigkeit in der slowakischen Region Západné Slovensko mit 6,4% am höchsten, gefolgt von Ostösterreich mit 5%. Am niedrigsten sind die Quoten in Bozen mit 2,4%, der Ostschweiz mit 2,6% und in Westösterreich mit 2,7%.

Sowohl Österreich als auch unsere Nachbarländer sind auf entsprechende **Zuwanderungen** angewiesen, um in Zukunft nicht zu schrumpfen und international wettbewerbsfähig zu bleiben. Österreich wird bis zum Jahr 2030 auf rund neun Millionen wachsen und zwar aufgrund von Wanderungsgewinnen. Besonders stark hat in den letzten Jahren die Zahl der ZuwanderInnen aus Deutschland sowie aus Rumänien und Ungarn zugenommen. Demgegenüber ist die Zahl der MigrantInnen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sowie aus der Türkei gesunken ebenso wie

der Wanderungssaldo, d.h. es ziehen mehr Personen aus diesen Ländern wieder zurück in das Heimatland als nach Österreich.

Hinsichtlich der Auswirkungen der **Öffnung der Arbeitsmärkte** im Jahr 2011 gibt es unterschiedlichste Studien, die an dieser Stelle stichwortartig zusammengefasst werden:

- Prettnner/Stiglbauer (2007): Bis 2020 rd. 200.000 zusätzliche Arbeitskräfte; geringe aggregierte Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt; ev. niedrigere Beschäftigungschancen für schlechter ausgebildete Arbeitskräfte
- Synthesis (unveröffentlicht): 2-3 Jahre nach Öffnung rund 25.000 zusätzliche Arbeitskräfte
- Bock-Schappelwein (2009): Aufgrund von Grenzgängerabkommen geringe Änderungen nach Öffnung – Zustrom durch GrenzgängerInnen hat burgenländische Wertschöpfung gesteigert und zu Beschäftigungswachstum beigetragen
- Nerb u.a. (2009): Auch nach Öffnung eine Vielzahl an Barrieren, die eine massive Mobilität unwahrscheinlich machen. Positiv: ev. Reduktion der Schwarzarbeit
- FAMO: Im Untersuchungsverlauf deutlicher Rückgang der Mobilitätspotentiale (dzt. Slowakische Centropo-Region rund 3.400 bis 11.700 Personen); Österreich für hochqualifizierte Fachkräfte weniger interessant

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Auswirkung der Öffnung gesamtwirtschaftlich positiv bewertet wird, aber die Gefahr eines zunehmenden Drucks auf bestimmte Beschäftigtengruppen sowie eines Lohndrucks in einzelnen Branchen steigt.

Auf Grund dieser Analysen wird vorgeschlagen, dass zukünftige ETZ-Programme folgende Möglichkeiten bieten sollen:

- Informationsaustausch auf gesamteuropäischer Ebene
- Vernetzung auf unterschiedlichsten Ebenen
- Förderung von Netzwerkstrukturen
- Erweiterung der Wissensbasis
- Konzeptionierung und Umsetzung von grenzüberschreitenden Pilotprojekten
- Erhöhung der Programmflexibilität

Auf inhaltlicher Ebene erscheinen vor allem folgende Themen relevant:

- Auswirkungen des demografischen Wandels auf Arbeitsmarkt
- Neue Berufsfelder, Qualifikationsbedarfe
- Entwicklung von Beschäftigungs- und Qualifikationsprognosen
- Migration und Mobilität der Arbeitskräfte und SchülerInnen sowie StudentInnen
- Anerkennung von Berufen und Ausbildungen
- Qualität der Arbeit
- Soziale Inklusion

## Literatur

- Brücker, Herbert / Damelang, Andreas / Wolf, Katja (2007): Labour mobility within the EU in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements. Forecasting potential migration from the new Member States into the EU-15: Review of Literature, Evaluation of Forecasting Methods and Forecast Results. Wien
- Dinter, Vanessa / Huter, Kai / Weber, Patrick (2010): Grenzgänger in der REGIO Bodensee 2009.
- Eglseer, Thomas / Riesenfelder, Andreas / Reiter, Walter / Wetzelsberger, Petra / Willsberger, Barbra (2009): Grenzüberschreitende Kooperationen: Erfahrungen und Perspektiven. Wien
- EMPIRICA (2008): Machbarkeitsstudie für die Schaffung einer EURES Partnerschaft in der Grenzregion Österreich – Ungarn. Sopron
- European Commission (2010); EU employment situation and social outlook. Brüssel. In: Monthly monitor
- Heinz, Frigyes Ferdinand / Ward-Warmedinger, Melanie: Cross-border Mobility within an enlarged EU. Frankfurt am Main. Occasional paper series. No. 52 / october 2006
- Hijman Remko (2009): Sharp increase in unemployment in the EU. In: Eurostat: Statistics in Focus 53/2009
- Huber, Peter (2009): FAMO – Fachkräftemonitoring. Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei. FAMO I: Wirtschaftliche Entwicklung in der CENTROPE-Region seit der EU-Erweiterung. Wien
- Huber, Peter (2010): Auswirkungen des Grenzgängerabkommens auf die burgenländische Wirtschaft. Wien. In: WIFO-Monatsbericht 8/2010
- Huber, Peter (2010): Die Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen und Migranten in Österreich. Wien. In: WIFO Working Papers, Nr. 365
- Huber, Peter / Nowotny, Klaus (2007): Labour mobility within the EU in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements. Labour Study: Austria. Wien
- IMISCOE (2010): Selected Studies in International Migration and Immigrant Incorporation. Amsterdam
- Nowotny, Klaus / Hierländer, Robert (2009): FAMO – Fachkräftemonitoring. Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei. FAMO I: Migrations- und Pendelpotentiale in Wien und den slowakischen Grenzregionen zu Österreich. Wien
- Kernbeiß, Günter / Lehner, Ursula / Löffler, Roland / Städtner, Karin / Wagner-Pinter, Michael (2009): Facharbeit. Art und Umfang der Arbeitsmarktmobilität einschlägig qualifizierter Erwerbstätiger im Tourismus und dem Bereich „Eisen/Metall/Elektro“. Wien

- Kleinmann, Lambert (2010): Grenzüberschreitende Kooperationsprogramme in der Europäischen Union: Ziele, Modelle und Herausforderungen. Präsentation am 25. Mai 2010
- L&R Sozialforschung (2009): Konjunkturreinbruch. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im österreichisch-slowenischen Grenzraum und mögliche Gegenstrategien. Workshopprotokoll. Wien
- L&R Sozialforschung (2010): Analysebericht zur Ist-Situation in der Grenzregion AT-CZ. Wien
- L&R Sozialforschung (2010): Österreichisch – Ungarischer Integrationsmonitor 2010. Wien
- Lechner, Ferdinand / Major, Andrea / Matt, Ina / Willsberger, Barbara (2010): Ungarische GrenzgängerInnen in Österreich. Wien
- Major, Andrea / Willsberger, Barbara (2010): 5 Schlagzeilen 2010. Ergebnisse der qualitativen Interviews im Rahmen des Projektes NetLab. Wien
- Münz, Rainer (2007): Migration in Europa und Österreich. Wien. In: Am Puls Nr. 5 – Immigrantinnen und Immigranten
- Nerb, Gernot / Hitzelsberger, Franz / Woidich, Andreas / Pommer, Stefan / Hemmer, Sebastian / Heczko, Petr (2009): Scientific Report on the Mobility of Cross-Border Workers within the EU-27/EEA/EFTA Countries. Final Report. Munich, Sopron.
- Nowotny, Klaus (2010): Risk Aversion, Time Preference and Cross-border Commuting and Migration Intentions. Wien. In: WIFO Working Papers, No. 379
- OECD (2010): International Migration Outlook.
- Österreichische Raumordnungskonferenz (2009): Strat.at Bericht 2009. Strategischer Bericht Österreichs gemäss Artikel 29 AF-VO (EG) 1083/2006. Wien
- Österreichische Raumordnungskonferenz (2008): Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030. Materialienband. Wien
- Österreichische Raumordnungskonferenz (2009): Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030. Regionale Herausforderungen & Handlungsstrategien. Wien
- Paul Lazarsfeld Gesellschaft für Sozialforschung (2010): FAMO - Fachkräftemonitoring I. Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei. Wien
- Prettner, Klaus / Stiglbauer, Alfred (2007): Auswirkungen der vollständigen Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes gegenüber den EU-8-Staaten. Wien. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q4/07
- Smeral, Egon / Huber, Peter / Mühlberger, Ulrike / Schwarz, Gerhard (2009): Ausbildungserfordernisse und Arbeitskräftebedarf im österreichischen Beherbergungs- und Gaststättenwesen. In: WIFO Monatsberichte 4/2009. Wien
- Statistik Austria (2010): Statistisches Jahrbuch für Migration & Integration 2010. Wien
- Universität Wien (2010): Researching Migration in Europe – empirical research, theoretical and methodological challenges. International Conference. Wien

Untiedt, Gerhard u.a. (2007): Auswirkung der EU-Erweiterung auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten – Bisherige Erfahrungen und künftige Entwicklungen. Unter besonderer Berücksichtigung der EU-Beitritte Bulgariens und Rumäniens. Münster

# ANHANG

Tabelle 1: Gesamtbevölkerung 1998 – 2009

	1998	2000	2005	2009	Veränderung 1998-2009 in %
<b>CZ - Czech Republic</b>	10.299.125	10.278.098	10.220.577	10.467.542	1,6%
<b>CZ03 - Jihozápad</b>	1.179.839	1.177.982	1.175.330	1.205.955	2,2%
<b>CZ06 - Jihovýchod</b>	1.661.341	1.658.761	1.640.354	1.662.557	0,1%
<b>DE - Germany</b>	82.057.379	82.163.475	82.500.849	82.002.356	-0,1%
<b>DE21 - Oberbayern</b>	3.991.937	4.033.643	4.211.118	4.335.137	8,6%
<b>DE22 - Niederbayern</b>	1.158.310	1.170.170	1.196.178	1.191.910	2,9%
<b>DE27 - Schwaben</b>	1.732.919	1.745.576	1.786.166	1.786.483	3,1%
<b>IT - Italy</b>	56.908.265	56.929.477	58.462.375	60.045.068	5,5%
<b>ITD1 - Provincia Autonoma Bolzano-Bozen</b>	453.549	458.553	477.067	498.857	10,0%
<b>ITD3 - Veneto</b>	4.444.340	4.485.059	4.699.950	4.885.548	9,9%
<b>ITD4 - Friuli-Venezia Giulia</b>	1.177.178	1.178.264	1.204.718	1.230.936	4,6%
<b>HU - Hungary</b>	10.279.621	10.221.515	10.097.549	10.030.975	-2,4%
<b>HU22 - Nyugat-Dunántúl</b>	1.008.032	1.004.598	1.000.348	998.187	-1,0%
<b>AT - Austria</b>	7.971.116	8.002.186	8.201.359	8.355.260	4,8%
<b>AT1 - Ostösterreich</b>	3.344.933	3.359.846	3.479.550	3.575.511	6,9%
<b>AT2 - Südösterreich</b>	1.745.051	1.743.626	1.755.706	1.768.084	1,3%
<b>AT3 - Westösterreich</b>	2.881.132	2.898.714	2.966.103	3.011.665	4,5%
<b>SI - Slovenia</b>	1.984.923	1.987.755	1.997.590	2.032.362	2,4%
<b>SK - Slovakia</b>	5.387.650	5.398.657	5.384.822	5.412.254	0,5%
<b>SK01 - Bratislavský kraj</b>	618.673	616.982	601.132	616.578	-0,3%
<b>SK02 - Západné Slovensko</b>	1.877.211	1.876.416	1.863.940	1.866.168	-0,6%
<b>CH - Switzerland</b>	7.096.465	7.164.444	7.415.102	7.701.856	8,5%
<b>CH05 - Ostschweiz</b>	1.036.181	1.041.863	1.059.586	1.085.698	4,8%

Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010

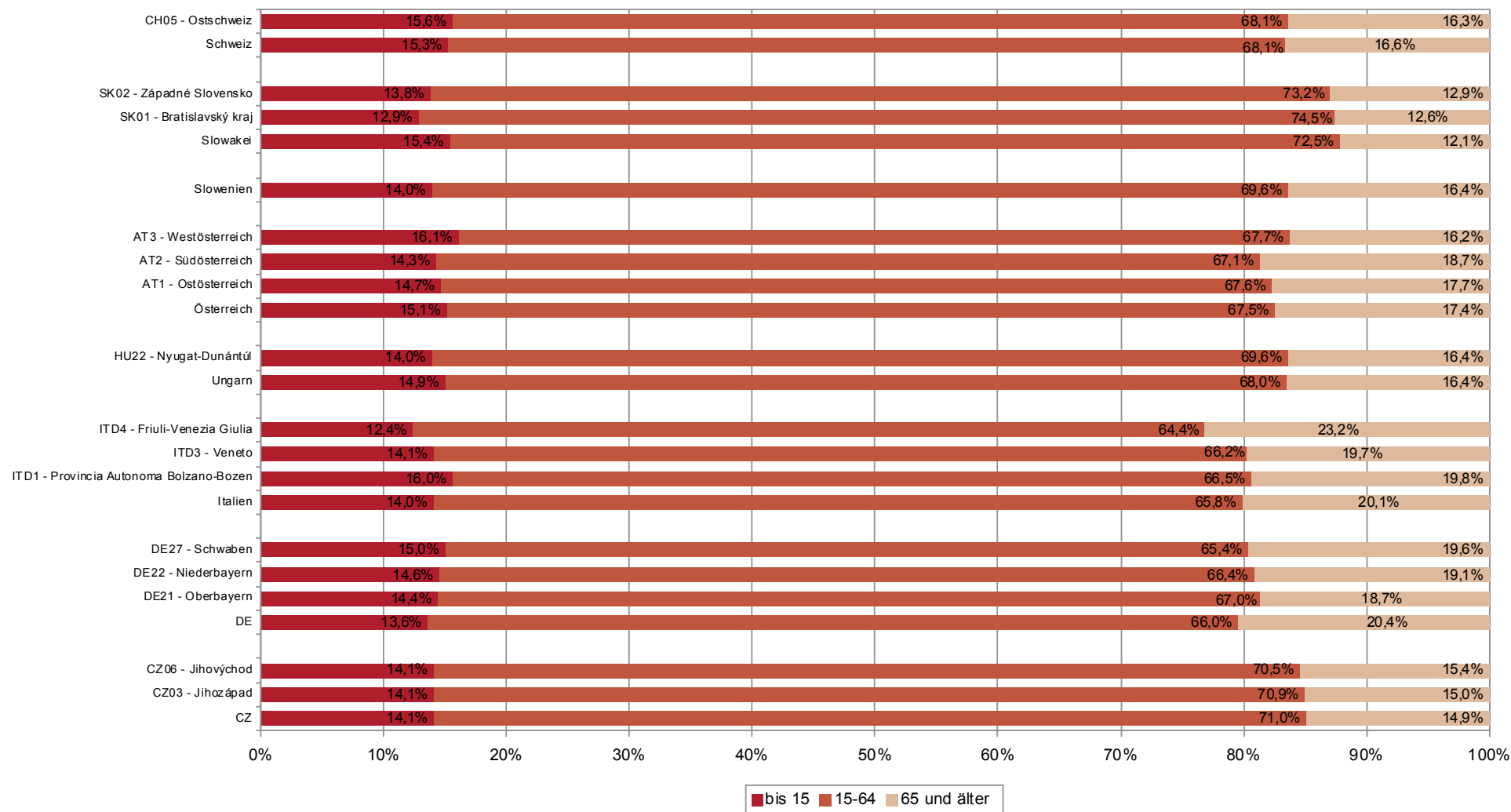
**Tabelle 2: Anteil Frauen/Männer 2009**

	<b>Anteil Frauen</b>	<b>Anteil Männer</b>
<b>CZ - Czech Republic</b>	50,9%	49,1%
<b>CZ03 - Jihozápad</b>	50,6%	49,4%
<b>CZ06 - Jihovýchod</b>	51,0%	49,0%
<b>DE - Germany</b>	51,0%	49,0%
<b>DE21 - Oberbayern</b>	51,1%	48,9%
<b>DE22 - Niederbayern</b>	50,6%	49,4%
<b>DE27 - Schwaben</b>	50,9%	49,1%
<b>IT - Italy</b>	51,4%	48,6%
<b>ITD1 - Provincia Autonoma Bolzano-Bozen</b>	50,6%	49,4%
<b>ITD3 - Veneto</b>	51,0%	49,0%
<b>ITD4 - Friuli-Venezia Giulia</b>	51,6%	48,4%
<b>HU - Hungary</b>	52,5%	47,5%
<b>HU22 - Nyugat-Dunántúl</b>	51,9%	48,1%
<b>AT - Austria</b>	51,3%	48,7%
<b>AT1 - Ostösterreich</b>	51,6%	48,4%
<b>AT2 - Südösterreich</b>	51,3%	48,7%
<b>AT3 - Westösterreich</b>	51,0%	49,0%
<b>SI - Slovenia</b>	50,6%	49,4%
<b>SK - Slovakia</b>	51,4%	48,6%
<b>SK01 - Bratislavský kraj</b>	52,5%	47,5%
<b>SK02 - Západné Slovensko</b>	51,3%	48,7%
<b>CH - Switzerland</b>	50,8%	49,2%
<b>CH05 - Ostschweiz</b>	50,3%	49,7%

Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010, eigene Berechnungen



**Abbildung 1: Altersverteilung der Bevölkerung 2009**



Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010, eigene Berechnungen

**Tabelle 3: Altersverteilung im Vergleich 1998 und 2009**

	1998			2009			Veränderungen in %-Punkten		
	Unter 15	15-64	65 und älter	Unter 15	15-64	65 und älter	Unter 15	15-64	65 und älter
<b>CZ - Czech Republic</b>	17,4%	69,0%	13,6%	14,1%	71,0%	14,9%	-3,3	2	1,3
<b>CZ03 - Jihozápad</b>	17,4%	69,0%	13,6%	14,1%	70,9%	15,0%	-3,3	1,9	1,4
<b>CZ06 - Jihovýchod</b>	17,8%	68,3%	13,9%	14,1%	70,5%	15,4%	-3,7	2,2	1,5
<b>DE - Germany</b>	16,0%	68,2%	15,8%	13,6%	66,0%	20,4%	-2,4	-2,2	4,6
<b>DE21 - Oberbayern</b>	15,6%	69,2%	15,1%	14,4%	67,0%	18,7%	-1,3	-2,3	3,6
<b>DE22 - Niederbayern</b>	17,3%	67,1%	15,5%	14,6%	66,4%	19,1%	-2,7	-0,8	3,5
<b>DE27 - Schwaben</b>	17,5%	66,6%	15,8%	15,0%	65,4%	19,6%	-2,6	-1,2	3,8
<b>IT - Italy</b>	14,4%	68,0%	17,5%	14,0%	65,8%	20,1%	-0,4	-2,2	2,6
<b>ITD1 - Provincia Autonoma Bolzano-Bozen</b>	15,0%	68,6%	17,5%	16,0%	66,5%	19,8%	1	-2,1	2,3
<b>ITD3 - Veneto</b>	13,1%	69,5%	17,3%	14,1%	66,2%	19,7%	1	-3,3	2,3
<b>ITD4 - Friuli-Venezia Giulia</b>	11,0%	68,1%	20,8%	12,4%	64,4%	23,2%	1,3	-3,7	2,3
<b>HU - Hungary</b>	17,4%	67,7%	14,9%	14,9%	68,0%	16,4%	-2,6	0,3	1,5
<b>HU22 - Nyugat-Dunántúl</b>	17,0%	68,2%	14,8%	14,0%	69,6%	16,4%	-3	1,4	1,6
<b>AT - Austria</b>	17,5%	67,2%	15,4%	15,1%	67,5%	17,4%	-2,4	0,4	2
<b>AT1 - Ostösterreich</b>	16,2%	67,3%	16,5%	14,7%	67,6%	17,7%	-1,5	0,3	1,2
<b>AT2 - Südösterreich</b>	17,2%	66,6%	16,2%	14,3%	67,1%	18,7%	-3	0,5	2,5
<b>AT3 - Westösterreich</b>	19,1%	67,3%	13,6%	16,1%	67,7%	16,2%	-3,1	0,4	2,7
<b>SI - Slovenia</b>	17,0%	69,7%	13,2%	14,0%	69,6%	16,4%	-3,1	-0,2	3,2
<b>SK - Slovakia</b>	21,0%	67,7%	11,2%	15,4%	72,5%	12,1%	-5,6	4,7	0,9
<b>SK01 - Bratislavský kraj</b>	18,0%	70,2%	11,8%	12,9%	74,5%	12,6%	-5,1	4,3	0,7
<b>SK02 - Západné Slovensko</b>	19,8%	68,4%	11,8%	13,8%	73,2%	12,9%	-6	4,9	1,1
<b>CH - Switzerland</b>	17,6%	67,4%	15,0%	15,3%	68,1%	16,6%	-2,3	0,7	1,5
<b>CH05 - Ostschweiz</b>	19,6%	65,8%	14,6%	15,6%	68,1%	16,3%	-4	2,2	1,8

Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010, eigene Berechnungen

**Tabelle 4: Bildungsbeteiligung (15-24 Jährige)**

	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998
<b>Tschechien</b>	61,6%	62,1%	60,9%	60,8%	59,2%	56,2%	55,1%	52,0%	47,9%	44,2%	44,7%
<b>Deutschland</b>	64,7%	65,4%	65,4%	64,9%	64,4%	63,5%	63,2%	63,0%	62,8%	62,4%	61,7%
<b>Italien</b>	57,5%	56,3%	56,0%	55,0%	54,0%	53,0%	50,9%	48,1%	46,9%	46,3%	46,4%
<b>Ungarn</b>	64,5%	63,7%	62,6%	61,6%	59,7%	56,5%	54,0%	51,6%	50,1%	48,2%	46,4%
<b>Österreich</b>	54,5%	53,8%	53,9%	52,5%	51,9%	50,4%	50,4%	51,3%	50,9%	51,3%	49,9%
<b>Slowenien</b>	71,0%	70,1%	69,7%	68,8%	67,6%	66,9%	65,2%	62,7%	59,3%	56,3%	53,6%
<b>Slowakei</b>	56,5%	56,3%	55,0%	53,9%	52,1%	49,4%	47,2%	46,0%	k.A.	k.A.	k.A.
<b>Schweiz</b>	58,6%	58,2%	57,3%	56,8%	56,7%	56,2%	56,0%	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 15.11.2010

**Tabelle 5: Erwerbspersonen nach höchstem Bildungsabschluss**

	1999			2008			Veränderungen in Prozentpunkten 1999-2008		
	Pflicht- schule ISCED 0-2	Sekun- darstufe ISCED 3-4	Tertiäre Stufe ISCED 5-6	Pflicht- schule ISCED 0-2	Sekun- darstufe ISCED 3-4	Tertiäre Stufe ISCED 5-6	Pflicht- schule ISCED 0-2	Sekundar- stufe ISCED 3-4	Tertiäre Stufe ISCED 5-6
<b>CZ - Czech Republic</b>	9,9%	78,5%	11,5%	6,8%	77,8%	15,3%	-3,1	-0,7	3,8
<b>CZ03 - Jihozápad</b>	9,6%	80,3%	10,0%	6,7%	79,8%	13,5%	-2,9	-0,5	3,5
<b>CZ06 - Jihovýchod</b>	8,6%	78,5%	12,6%	5,2%	78,3%	16,4%	-3,4	-0,2	3,9
<b>DE - Germany</b>	18,3%	54,9%	23,0%	15,8%	58,9%	25,0%	-2,5	4	2
<b>DE21 - Oberbayern</b>	18,2%	50,4%	26,9%	13,4%	54,6%	31,6%	-4,8	4,2	4,7
<b>DE22 - Niederbayern</b>	23,7%	58,2%	14,6%	17,1%	62,6%	20,0%	-6,6	4,3	5,3
<b>DE27 - Schwaben</b>	20,3%	55,4%	19,8%	16,7%	61,7%	21,3%	-3,6	6,3	1,5
<b>IT - Italy</b>	k.A.	k.A.	k.A.	38,4%	44,9%	16,6%	k.A.	k.A.	k.A.
<b>ITD1 - Provincia Autonoma Bolzano-Bozen</b>	k.A.	k.A.	k.A.	42,8%	46,2%	11,0%	k.A.	k.A.	k.A.
<b>ITD3 - Veneto</b>	k.A.	k.A.	k.A.	37,4%	48,5%	14,1%	k.A.	k.A.	k.A.
<b>ITD4 - Friuli-Venezia Giulia</b>	k.A.	k.A.	k.A.	34,1%	50,8%	15,1%	k.A.	k.A.	k.A.
<b>HU - Hungary</b>	16,0%	67,2%	16,5%	14,1%	63,9%	21,9%	-1,8	-3,3	5,4
<b>HU22 - Nyugat-Dunántúl</b>	16,7%	69,3%	13,8%	13,9%	69,7%	16,4%	-2,8	0,4	2,5
<b>AT - Austria</b>	21,5%	63,7%	14,8%	18,4%	63,7%	17,9%	-3,1	0	3,1
<b>AT1 - Ostösterreich</b>	21,0%	62,2%	16,8%	17,8%	62,4%	19,9%	-3,2	0,1	3,1
<b>AT2 - Südösterreich</b>	19,0%	68,2%	12,9%	15,7%	68,2%	16,0%	-3,3	0,1	3,2
<b>AT3 - Westösterreich</b>	23,5%	62,9%	13,5%	20,6%	62,7%	16,6%	-2,9	-0,2	3,1
<b>SI - Slovenia</b>	21,4%	62,4%	16,2%	15,1%	61,3%	23,6%	-6,3	-1,1	7,4
<b>SK - Slovakia</b>	10,1%	79,4%	10,4%	6,7%	77,6%	15,7%	-3,4	-1,9	5,3
<b>SK01 - Bratislavský kraj</b>	7,1%	67,9%	25,0%	5,0%	65,2%	29,8%	-2,1	-2,7	4,8
<b>SK02 - Západné Slovensko</b>	11,8%	80,4%	7,9%	5,6%	81,4%	13,0%	-6,2	1,1	5,1
<b>CH - Switzerland</b>	21,4%	55,5%	22,8%	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
<b>CH05 - Ostschweiz</b>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

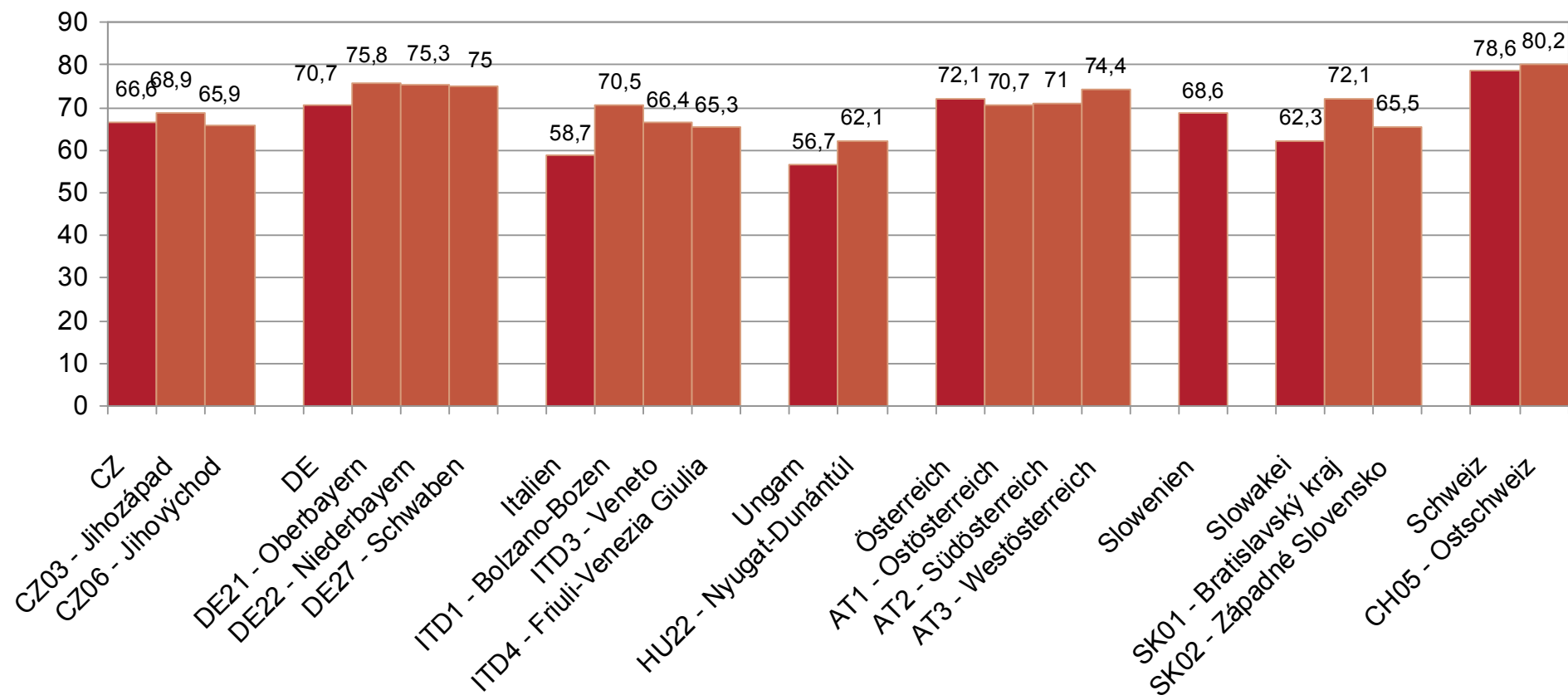
Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010, eigene Berechnungen

**Tabelle 6: Erwerbstätige Personen 2008 (15 Jahre und älter) nach Geschlecht getrennt (1.000)**

Region	Gesamt	Männer	Frauen
<b>Tschechien</b>	5.162,80	2.922,10	2.240,70
<b>CZ03 - Jihozápad</b>	605,1	340,1	265
<b>CZ06 - Jihovýchod</b>	805,9	459,8	346,1
<b>Deutschland</b>	41.373,80	22.352,50	19.021,30
<b>DE21 - Oberbayern</b>	2.247,20	1.195,10	1.052,10
<b>DE22 - Niederbayern</b>	621,2	342,3	278,9
<b>DE27 - Schwaben</b>	918,1	503,5	414,6
<b>Italien</b>	24.696,10	14.571,20	10.125,00
<b>ITD1 - Bolzano-Bozen</b>	233,9	132,2	101,7
<b>ITD3 - Veneto</b>	2.204,00	1.280,50	923,4
<b>ITD4 - Friuli-Venezia Giulia</b>	536,6	305,3	231,3
<b>Ungarn</b>	4.177,90	2285,1	1.910,80
<b>HU22 - Nyugat-Dunántúl</b>	444,8	245,7	199,2
<b>Österreich</b>	4.181,90	2.259,30	1.922,60
<b>AT1 - Ostösterreich</b>	1.773,10	949,2	823,9
<b>AT2 - Südösterreich</b>	865,2	473	392,2
<b>AT3 - Westösterreich</b>	1.543,60	837,1	706,5
<b>Slowenien</b>	1.020,70	554,4	466,3
<b>Slowakei</b>	2.679,00	1.481,40	1.197,50
<b>SK01 - Bratislavský kraj</b>	339,2	174,6	164,6
<b>SK02 - Západné Slovensko</b>	951,4	522,3	429,1
<b>Schweiz</b>	4.170,80	2.260,50	1.910,20
<b>CH05 - Ostschweiz</b>	594,9	325,3	269,6

Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010

Abbildung 2: Beschäftigungsquote 2008



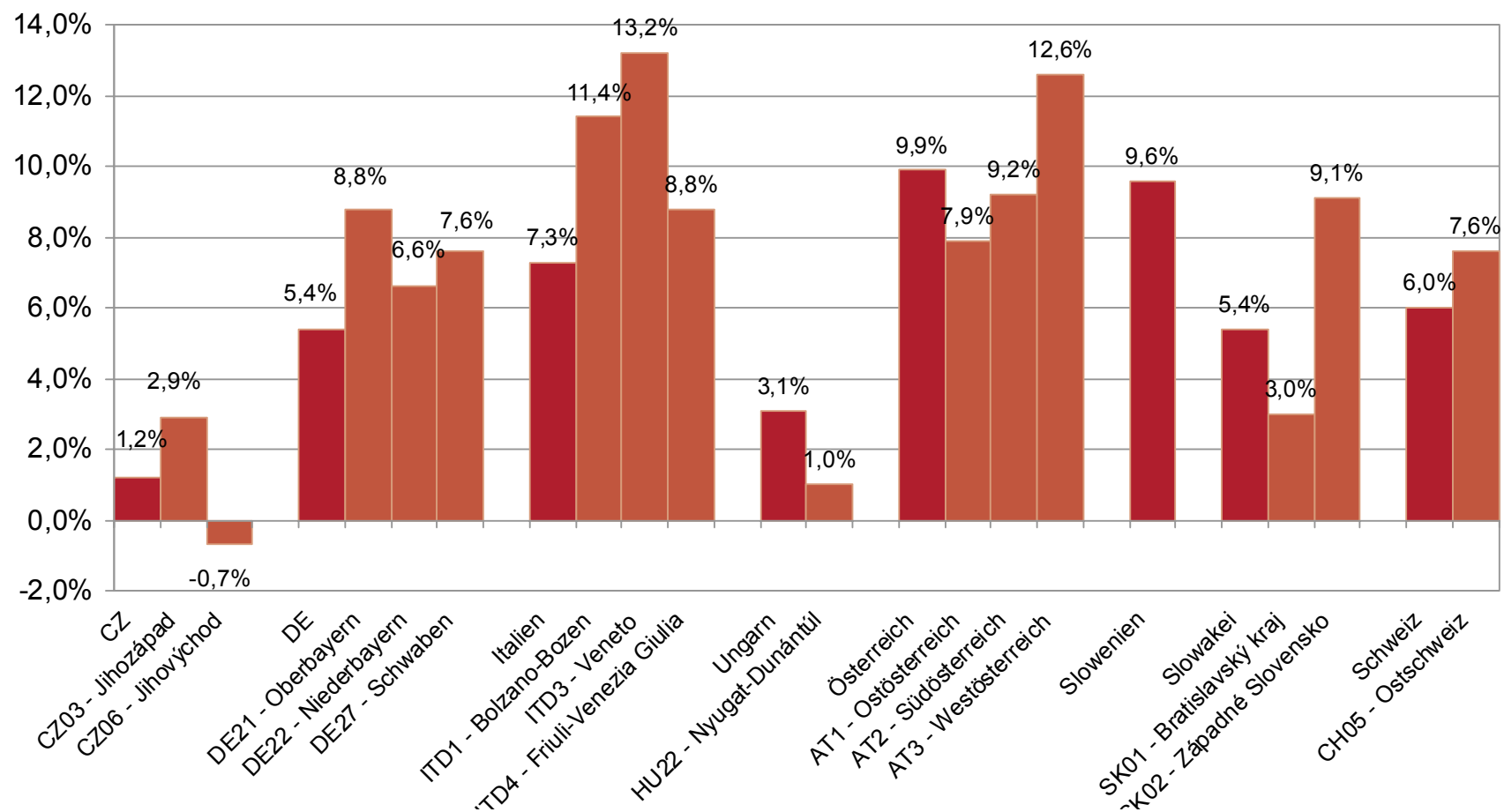
Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010

**Tabelle 7: Beschäftigungsquoten 2008 nach Geschlecht**

Grenzregionen in	2008			Veränderung 1999-2008 in Prozentpunkten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
<b>Tschechien</b>						
<b>CZ03 - Jihozápad</b>	68,9	77,2	60,4	1,3	0,7	1,8
<b>CZ06 - Jihovýchod</b>	65,9	75,2	56,5	0,4	1,6	-0,8
<b>Deutschland</b>						
<b>DE21 - Oberbayern</b>	75,8	80,9	70,7	4	1,7	6,2
<b>DE22 - Niederbayern</b>	75,3	82	68,2	5,1	3,1	6,8
<b>DE27 - Schwaben</b>	75	82	67,9	4,1	2,5	5,8
<b>Italien</b>						
<b>ITD1 - Provincia Autonoma Bolzano-Bozen</b>	70,5	79,1	61,7	3,3	-0,3	6,7
<b>ITD3 - Veneto</b>	66,4	77	55,5	5,9	2,6	9,1
<b>ITD4 - Friuli-Venezia Giulia</b>	65,3	74,8	55,5	6,6	4,2	8,7
<b>Ungarn</b>						
<b>HU22 - Nyugat-Dunántúl</b>	62,1	69,8	54,6	0,9	-1,2	-0,6
<b>Österreich</b>						
<b>AT1 - Ostösterreich</b>	70,7	76,5	65	1,6	-0,6	3,9
<b>AT2 - Südösterreich</b>	71	77,7	64,4	5,1	1,9	8,2
<b>AT3 - Westösterreich</b>	74,4	81,2	67,6	4,9	1,9	7,8
<b>Slowenien</b>	68,6	72,7	64,2	6,4	6,2	6,5
<b>Slowakei</b>						
<b>SK01 - Bratislavský kraj</b>	72,1	76,8	67,7	2,1	2,3	1,8
<b>SK02 - Západné Slovensko</b>	65,5	73,2	57,8	7,2	7,5	6,7
<b>Schweiz</b>						
<b>CH05 - Ostschweiz</b>	80,2	87,2	73	1,2	-0,4	2,9

Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010, eigene Berechnungen

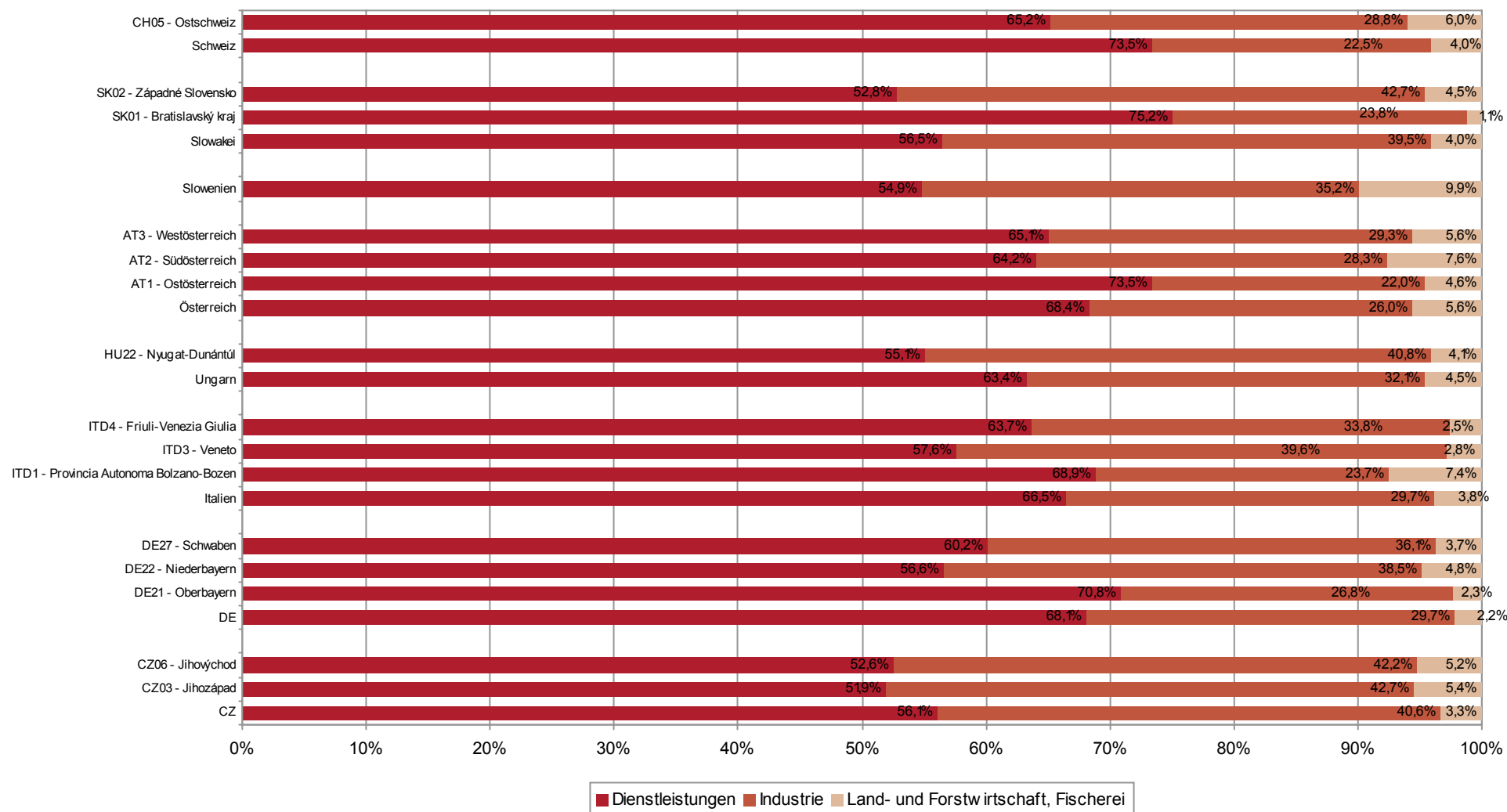
Abbildung 3: Zuwächse/Abnahmen erwerbstätiger Personen 1999-2008



Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010, eigene Berechnungen



Abbildung 4: Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen 2008



Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010, eigene Berechnungen

**Tabelle 8: Teilzeitbeschäftigte (1.000)**

	1999			2005			2008			Veränderung 1999-2008 (in %)			Anteil Teilzeitbeschäftigte an Voll- u. Teilzeitb. 2008		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
<b>Tschechien</b>	262,4	62,5	199,9	233,2	57,2	176	245,3	63,7	181,6	-6,5%	1,9%	-9,2%	4,7%	2,2%	7,8%
<b>CZ03 - Jihozápad</b>	34,5	9,4	25,1	28,7	6,9	21,8	30	7,9	22,2	-13,0%	-16,0%	-11,6%	4,8%	2,3%	8,0%
<b>CZ06 - Jihovýchod</b>	43,2	10,9	32,3	40,3	11,4	28,9	44,5	11,6	32,8	3,0%	6,4%	1,5%	5,4%	2,5%	9,0%
<b>Deutschland</b>	6850,7	1006	5844,8	8800,5	1550,8	7249,8	10066,3	1973,5	8092,8	46,9%	96,2%	38,5%	20,6%	8,6%	31,2%
<b>DE21 - Oberbayern</b>	411,4	62,3	349,1	468,7	76,9	391,8	544,8	97,8	447,1	32,4%	57,0%	28,1%	19,7%	7,6%	30,1%
<b>DE22 - Niederbayern</b>	112,8	13	99,9	147,8	17,6	130,1	152,3	20,7	131,6	35,0%	59,2%	31,7%	20,1%	5,8%	32,9%
<b>DE27 - Schwaben</b>	167,9	21,9	146	203,9	30,2	173,7	222,1	33,3	188,8	32,3%	52,1%	29,3%	19,9%	6,3%	32,1%
<b>Italien</b>	1635,8	460,1	1175,7	2896,8	634,8	2262	3346,4	743,6	2602,8	104,6%	61,6%	121,4%	12,5%	5,0%	21,8%
<b>ITD1 - Bolzano-Bozen</b>	24	3,2	20,8	39	5,3	33,7	43,8	6,4	37,4	82,5%	100,0%	79,8%	15,7%	4,5%	27,1%
<b>ITD3 - Veneto</b>	169	34,2	134,8	286,6	46	240,6	348,9	53	295,9	106,4%	55,0%	119,5%	13,9%	4,0%	25,1%
<b>ITD4 - Friuli-Venezia Giulia</b>	49,3	9,3	40	75,5	11,2	64,3	83,8	14,4	69,5	70,0%	54,8%	73,8%	13,8%	4,5%	24,1%
<b>Ungarn</b>	131,1	42,7	88,3	160	56,3	103,7	179,2	70,1	109,1	36,7%	64,2%	23,6%	4,4%	3,2%	5,8%
<b>HU22 - Nyugat-Dunántúl</b>	10,3	2,4	7,9	13,9	4,3	9,6	13,6	4	9,6	32,0%	66,7%	21,5%	3,1%	1,7%	4,9%
<b>Österreich</b>	154,1	22,7	131,4	807,6	128,3	679,3	954,8	179,1	775,7	519,6%	689,0%	490,3%	18,9%	7,5%	29,3%
<b>AT1 - Ostösterreich</b>	62	10,7	51,3	321,8	61,7	260	391,2	85,7	305,5	531,0%	700,9%	495,5%	18,6%	8,5%	27,8%
<b>AT2 - Südösterreich</b>	30,1	3,5	26,5	162,9	22,9	140	192,4	34,1	158,3	539,2%	874,3%	497,4%	18,5%	6,8%	29,2%
<b>AT3 - Westösterreich</b>	62	8,4	53,6	323	43,6	279,3	371,1	59,2	311,8	498,5%	604,8%	481,7%	19,6%	6,6%	31,1%
<b>Slowenien</b>	53,8	24,7	29,1	85,7	37,4	48,3	90,1	38,3	51,8	67,5%	55,1%	78,0%	8,3%	6,6%	10,3%
<b>Slowakei</b>	41,6	12,3	29,3	56	15,9	40	64,6	19,6	45	55,3%	59,3%	53,6%	2,6%	1,4%	4,0%
<b>SK01 - Bratislavský kraj</b>	8,7	2,1	6,6	10,7	2,5	8,1	10,2	3,2	7	17,2%	52,4%	6,1%	3,0%	1,8%	4,2%
<b>SK02 - Západné Slovensko</b>	14,8	4,3	10,5	20,3	6,2	14,2	22,4	6	16,3	51,4%	39,5%	55,2%	2,4%	1,2%	4,0%
<b>Schweiz</b>	1171,3	213	958,4	1317	256,4	1060,6	1371,2*	279,2*	1092*	17,1%	31,1%	13,9%	25,0%	11,0%	37,0%
<b>CH05 - Ostschweiz</b>	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	191,2	35,9	155,3	k.A.	k.A.	k.A.	24,3%	9,8%	36,8%

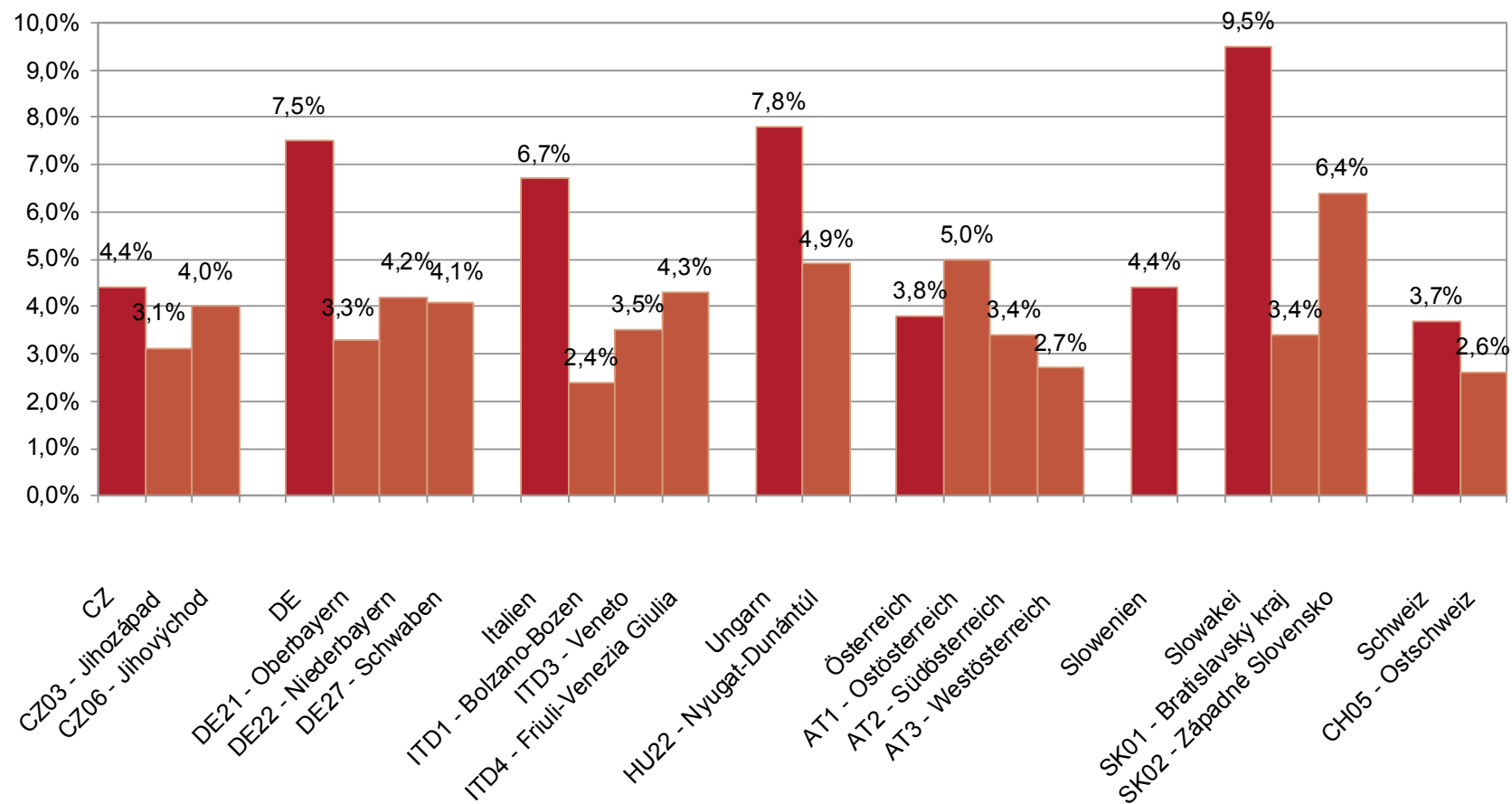
Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010, eigene Berechnungen; \* = Werte 2007

**Tabelle 9: Unselbstständige und Selbstständige Beschäftigung**

	1999			2008		
	Unselbstst.	Selbstständig	Anteil Selbstständige	Unselbstst.	Selbstständig	Anteil Selbstständige
<b>Tschechien</b>	4.029,30	659,7	14,10%	4.195,90	775	15,60%
<b>CZ03 - Jihozápad</b>	482,6	69,6	12,60%	505,1	85,6	14,50%
<b>CZ06 - Jihovýchod</b>	653,7	95,3	12,70%	666	114,9	14,70%
<b>Deutschland</b>	32.192,50	3.593,60	10,00%	34.387,70	4.142,60	10,80%
<b>DE21 - Oberbayern</b>	1.703,40	278,8	14,10%	1.884,20	314,1	14,30%
<b>DE22 - Niederbayern</b>	479,7	65,2	12,00%	518,9	73,7	12,40%
<b>DE27 - Schwaben</b>	728,4	84,9	10,40%	788,9	92,6	10,50%
<b>Italien</b>	14.823,00	5.070,50	25,50%	17.445,90	5.556,20	24,20%
<b>ITD1 - Bolzano-Bozen</b>	146,8	47	24,30%	170,1	52,8	23,70%
<b>ITD3 - Veneto</b>	1.340,30	469,8	26,00%	1.669,80	455,1	21,40%
<b>ITD4 - Friuli-Venezia Giulia</b>	345,9	106,3	23,50%	401,6	112	21,80%
<b>Ungarn</b>	3.201,30	562	14,90%	3.405,00	460,6	11,90%
<b>HU22 - Nyugat-Dunántúl</b>	366,2	54,2	12,90%	379,3	42,5	10,10%
<b>Österreich</b>	3.193,90	397,5	11,10%	3.527,90	466,2	11,70%
<b>AT1 - Ostösterreich</b>	1.383,70	168,9	10,90%	1.487,10	195,7	11,60%
<b>AT2 - Südösterreich</b>	659,7	82,6	11,10%	724,5	102,2	12,40%
<b>AT3 - Westösterreich</b>	1.150,50	146	11,30%	1.316,30	168,4	11,30%
<b>Slowenien</b>	728,8	107,1	12,80%	855,4	98,6	10,30%
<b>Slowakei</b>	1.964,90	161,4	7,60%	2.094,20	332,1	13,70%
<b>SK01 - Bratislavský kraj</b>	270,2	36,5	11,90%	280,8	51,4	15,50%
<b>SK02 - Západné Slovensko</b>	694,8	53,1	7,10%	783,4	108,1	12,10%
<b>Schweiz</b>	3.167,30	585,9	15,60%	3.456,4*	568,5*	14,10%
<b>CH05 - Ostschweiz</b>	k.A.	k.A.		485,0*	92,8*	

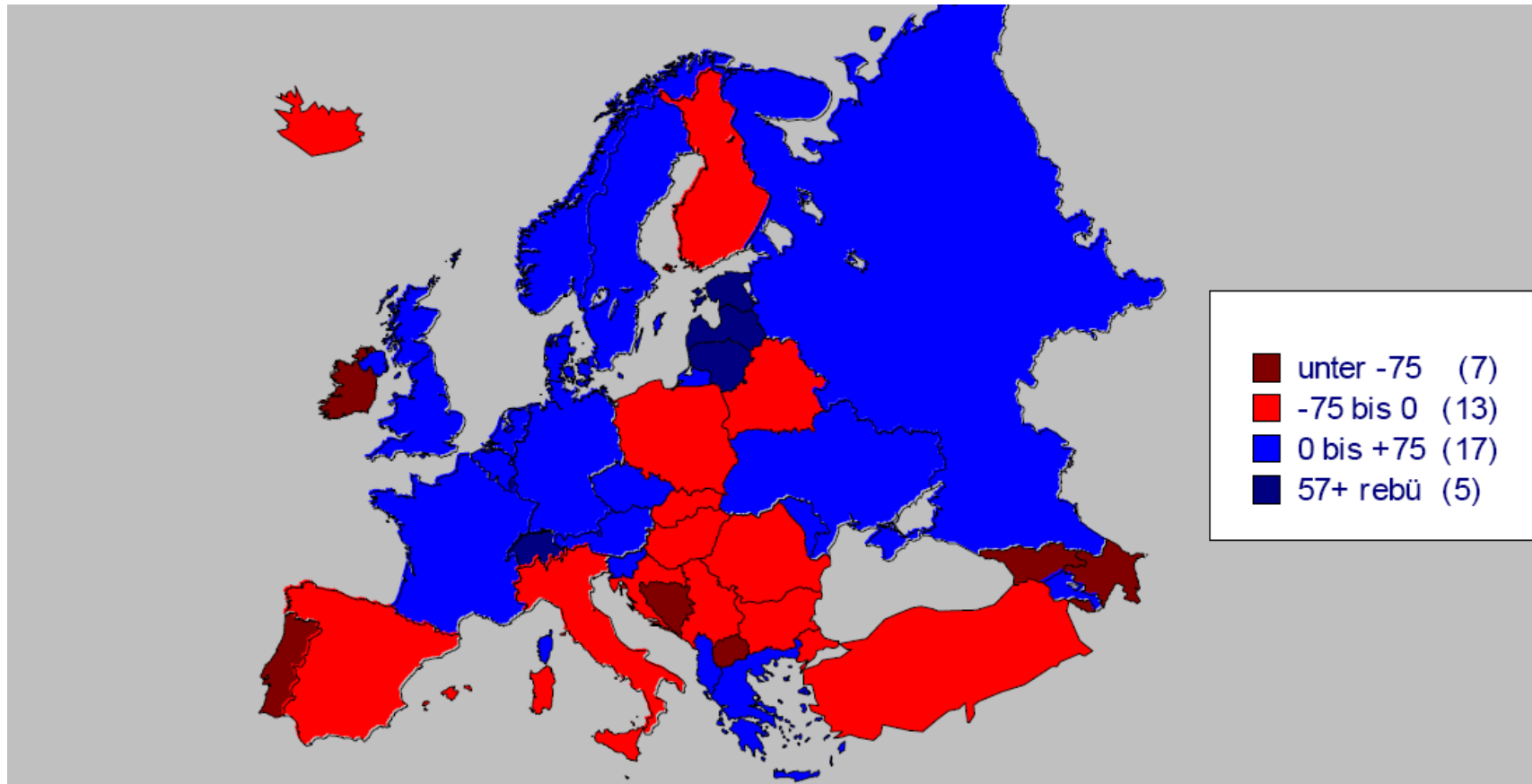
Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010, eigene Berechnungen  
 \* = Werte 2007

Abbildung 5: Arbeitslosenquoten 2008



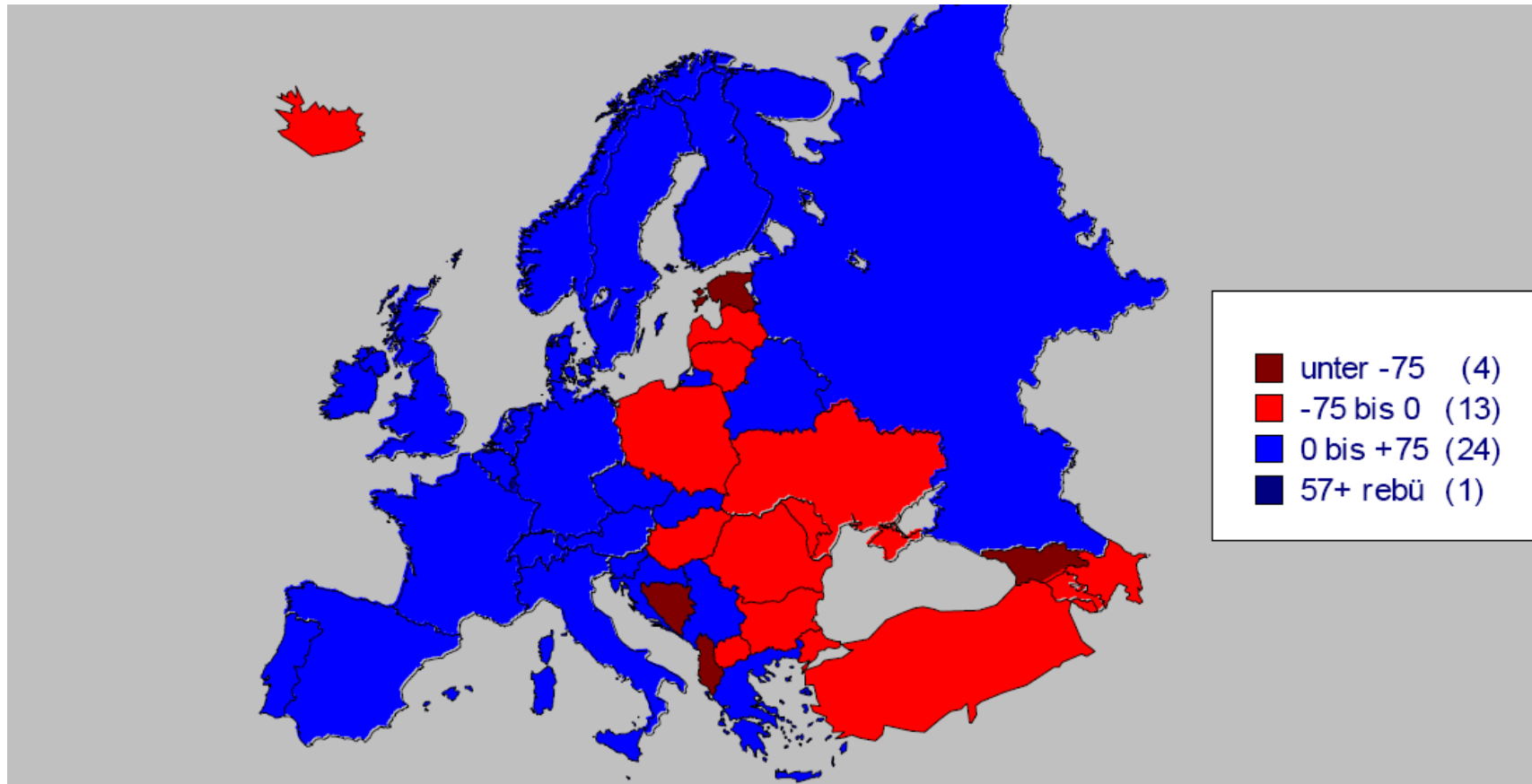
Quelle: EUROSTAT, abgefragt am 16.9.2010

Abbildung 6: Netto Migration in Europa (1960-1990) Raten pro 1.000 EinwohnerInnen



Quelle: Rainer Münz im Rahmen einer Präsentation „Migration in Europa und Österreich“ am 12. Dezember 2007

Abbildung 7: Netto Migration in Europa (1990-2000) Raten pro 1.000 EinwohnerInnen



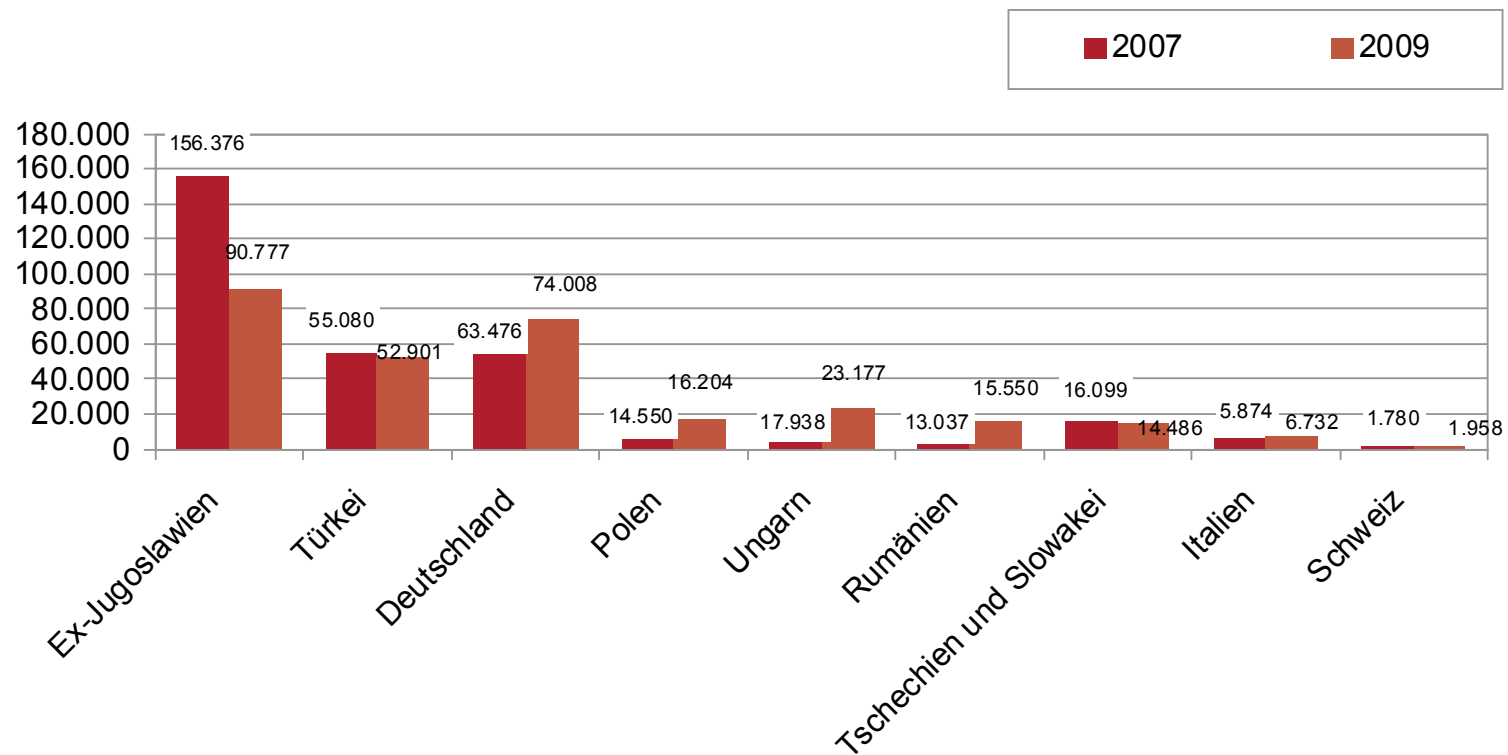
Quelle: Rainer Münz im Rahmen einer Präsentation „Migration in Europa und Österreich“ am 12. Dezember 2007

**Tabelle 10: Internationale Zu- und Wegzüge 2006-2009 in Österreich nach ausgewählter Staatsangehörigkeit**

Staatsangehörigkeit	Zuzüge		Wegzüge		Saldo	
	2006	2009	2006	2009	2006	2009
<b>Gesamt</b>	98.535	107.785	74.432	87.189	24.103	20.596
<b>Österreich (Inländer)</b>	15.636	15.967	19.387	21.067	-3.751	-5.100
<b>Nicht-Österreich (Ausländer)</b>	82.899	91.818	55.045	66.122	27.854	25.696
<b>Deutschland</b>	15.884	17.566	7.486	10.398	8.398	7.168
<b>Italien</b>	1.467	1.965	1.088	1.338	379	627
<b>Slowakei</b>	3.500	4.023	2.479	3.067	1.021	956
<b>Slowenien</b>	619	748	515	571	104	177
<b>Tschechische Republik</b>	1.184	1.258	991	1.142	193	116
<b>Ungarn</b>	3.567	5.778	2.525	3.869	1.042	1.909
<b>Schweiz</b>	591	511	342	442	249	69
<b>Polen</b>	5.699	3.848	3.222	3.634	2.477	214
<b>Rumänien</b>	4.526	9.327	3.898	5.973	628	889
<b>Bulgarien</b>	1.214	2.631	1.126	1.742	88	3.354
<b>Ex-Jugoslawien</b>	14.001	11.454	10.153	9.993	3.848	1.461
<b>Türkei</b>	4.867	4.751	2.938	2.997	1.929	1.754
<b>Russische Föderation</b>	2.463	2.402	838	1.714	1.625	688
<b>Ukraine</b>	1.013	854	683	539	330	315

Quelle: Statistik Austria 2010 (per Mail am 13. Oktober 2010)

Abbildung 8: Beschäftigte ausländische Arbeitskräfte



Quelle: Statistik Austria 2010 ([www.statistik.at/web\\_de/wcmsprod/groups/zd/documents/.../022642.pdf](http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/zd/documents/.../022642.pdf))



